

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 193 E

50. Jahrgang

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

21. August 2007

Informationsnummer

Inhalt

Seite

III *Vorbereitende Rechtsakte***Rat**

2007/C 193 E/01

Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 9/2007 vom 21. Mai 2007, vom Rat festgelegt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates

1

2007/C 193 E/02

Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 10/2007 vom 28. Juni 2007, vom Rat festgelegt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates

13

DE

III

(Vorbereitende Rechtsakte)

RAT

GEMEINSAMER STANDPUNKT (EG) Nr. 9/2007

vom Rat festgelegt am 21. Mai 2007

im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates

(2007/C 193 E/01)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 285 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags ⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 ⁽²⁾ wurde ein gemeinsamer Rahmen für den Aufbau von Unternehmensregistern für statistische Zwecke mit harmonisierten Begriffsbestimmungen, Merkmalen, Erfassungsbereichen und Aktualisierungsverfahren geschaffen. Um die Entwicklung von Unternehmensregistern in einem harmonisierten Rahmen aufrechterhalten zu können, sollte eine neue Verordnung erlassen werden.

(2) Die Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft ⁽³⁾ enthält die Definitionen der zu verwendenden statistischen Einheiten. Im Rahmen des Binnenmarktes ist eine bessere statistische Vergleichbarkeit erforderlich, um die gemeinschaftlichen Anforderungen zu

erfüllen. Um diese Verbesserung zu erreichen, sollten gemeinsame Begriffsbestimmungen und Beschreibungen für Unternehmen und andere relevante statistische Einheiten, die erfasst werden sollen, festgelegt werden.

(3) Mit der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik ⁽⁴⁾ und der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken ⁽⁵⁾ wurde ein gemeinsamer Rahmen für die Erhebung, Erstellung, Übermittlung und Bewertung von Gemeinschaftsstatistiken über die Struktur, Tätigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Leistung der Unternehmen in der Gemeinschaft geschaffen. Unternehmensregister für statistische Zwecke stellen ein Grundelement eines solchen gemeinsamen Rahmens dar; mit ihrer Hilfe lassen sich statistische Erhebungen durchführen und koordinieren, indem eine harmonisierte Auswahlgrundlage bereitgestellt wird.

(4) Unternehmensregister sind eine Methode, mit deren Hilfe sich die gegensätzlichen Forderungen nach mehr Informationen über die Unternehmen einerseits und nach administrativer Entlastung der Unternehmen andererseits, vor allem im Fall von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen gemäß der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 ⁽⁶⁾, in Einklang bringen lassen, indem insbesondere in administrativen oder gerichtlichen Dateien enthaltene Informationen verwendet werden.

⁽¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 1. Juni 2006 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 21. Mai 2006 und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom ... (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht). Beschluss des Rates vom ... (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ ABl. L 196 vom 5.8.1993, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1).

⁽³⁾ ABl. L 76 vom 30.3.1993, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

⁽⁴⁾ ABl. L 14 vom 17.1.1997, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1).

⁽⁵⁾ ABl. L 162 vom 5.6.1998, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1893/2006.

⁽⁶⁾ ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36.

- (5) Die Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken ⁽¹⁾ liefert den Rahmen für die Schaffung des Statistikprogramms der Gemeinschaft sowie einen gemeinsamen Rahmen für die statistische Geheimhaltung.
- (6) Die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr ⁽²⁾ wird von den speziellen Bestimmungen für die Datenverarbeitung im Rahmen des Statistikprogramms der Gemeinschaft nicht berührt.
- (7) Unternehmensregister für statistische Zwecke sind die wichtigste Quelle für die Unternehmensdemografie, da sie es ermöglichen, Unternehmensgründungen und -schließungen sowie strukturelle Veränderungen der Wirtschaft durch Konzentration oder Dekonzentration, die durch Maßnahmen wie Fusionen, Übernahmen, Auflösungen, Spaltungen und Umstrukturierungen entstehen, zu verfolgen.
- (8) Unternehmensregister liefern die zur Erfüllung des starken politischen Interesses an der ländlichen Entwicklung erforderlichen Grundinformationen, nicht nur über die Landwirtschaft, sondern auch über ihre zunehmende Verflechtung mit anderen Tätigkeiten, die nicht von den produktbezogenen Agrarstatistiken erfasst werden.
- (9) Öffentliche Unternehmen spielen in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle. Die Richtlinie 80/723/EWG der Kommission vom 25. Juni 1980 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen ⁽³⁾ betrifft bestimmte Kategorien öffentlicher Unternehmen. Öffentliche Unternehmen und öffentliche Körperschaften sollten daher in Unternehmensregistern gekennzeichnet werden; dies kann anhand der Klassifikation der institutionellen Sektoren erfolgen.
- (10) Informationen über Kontrollbeziehungen zwischen rechtlichen Einheiten sind notwendig, um Unternehmensgruppen zu definieren, die Unternehmen richtig abzugrenzen, Profile großer und komplexer Einheiten zu erstellen und den Grad der Konzentration auf bestimmten Märkten zu untersuchen. Informationen über Unternehmensgruppen verbessern die Qualität der Unternehmensregister und können dazu beitragen, das Risiko der Offenlegung vertraulicher Daten zu verringern. Bestimmte Finanzdaten sind häufig auf der Ebene der Unternehmensgruppe oder der Teilgruppe aussagekräftiger als auf der Ebene der Einzelunternehmen; tatsächlich sind sie möglicherweise nur auf Gruppen- oder Teilgruppenebene verfügbar. Die Registrierung von Daten über Unternehmensgruppen ermöglicht gegebenenfalls eine Erhebung von Daten über die Gruppe anstatt über ihre jeweiligen Einzelunternehmen, und dies kann die Belastung erheblich reduzieren. Um Unternehmensgruppen erfassen zu können, sollten Unternehmensregister weiter harmonisiert werden.
- (11) Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft ist eine Herausforderung für einige der laufenden Statistiken. Durch die Registrierung von Daten über multinationale Unternehmensgruppen stellen Unternehmensregister ein grundlegendes Hilfsmittel zur Verbesserung vieler mit der Globalisierung zusammenhängender Statistiken dar: internationaler Waren- und Dienstleistungsverkehr, Zahlungsbilanz, ausländische Direktinvestitionen, Auslandsunternehmenseinheiten, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie internationaler Arbeitsmarkt. Die Mehrheit dieser Statistiken deckt die gesamte Wirtschaft ab und setzt somit voraus, dass Unternehmensregister alle Wirtschaftszweige erfassen.
- (12) Gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften ⁽⁴⁾ können nationale Vorschriften über die statistische Geheimhaltung nicht gegen die Übermittlung vertraulicher statistischer Daten an die Gemeinschaftsbehörde (Eurostat) geltend gemacht werden, soweit die Übermittlung solcher Daten in einem Rechtsakt der Gemeinschaft vorgesehen ist.
- (13) Um die Erfüllung der in dieser Verordnung enthaltenen Verpflichtungen sicherzustellen, kann es notwendig sein, dass die für die Datenerhebung zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten Zugang zu administrativen Datenquellen wie etwa Registern der Finanzbehörden und Sozialversicherungseinrichtungen, Zentralbanken oder anderer öffentlicher Stellen sowie zu sonstigen Datenbanken mit Informationen über grenzüberschreitende Transaktionen und Positionen erhalten, soweit diese Daten für die Erstellung der Gemeinschaftsstatistiken benötigt werden.
- (14) Durch die Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen ⁽⁵⁾ wurde ein gemeinsamer Rahmen für die Erstellung, Übermittlung und Bewertung der einschlägigen Gemeinschaftsstatistiken festgelegt.
- (15) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse ⁽⁶⁾ erlassen werden.

⁽¹⁾ ABL L 52 vom 22.2.1997, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

⁽²⁾ ABL L 281 vom 23.11.1995, S. 31. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

⁽³⁾ ABL L 195 vom 29.7.1980, S. 35. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2005/81/EG (ABL L 312 vom 29.11.2005, S. 47).

⁽⁴⁾ ABL L 151 vom 15.6.1990, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

⁽⁵⁾ ABL L 35 vom 8.2.2005, S. 23. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 602/2006 der Kommission (ABL L 106 vom 19.4.2006, S. 10).

⁽⁶⁾ ABL L 184 vom 17.7.1999, S. 23. Geändert durch den Beschluss 2006/512/EG (ABL L 200 vom 22.7.2006, S. 11).

- (16) Insbesondere sollte die Kommission die Befugnis erhalten, die im Anhang enthaltene Liste der Registermerkmale, ihre Definitionen und ihre Kontinuitätsregeln zu aktualisieren, die Erfassung der kleinsten Unternehmen und rein gebietsansässigen Unternehmensgruppen festzulegen, die Bestimmungen zur Aktualisierung der Register zu beschließen und gemeinsame Qualitätsstandards sowie Inhalte und Periodizität der Qualitätsberichte festzulegen. Da es sich hierbei um Maßnahmen von allgemeiner Tragweite handelt, die eine Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen der vorliegenden Verordnung oder eine Ergänzung der vorliegenden Verordnung durch Hinzufügung neuer nicht wesentlicher Bestimmungen bewirken, sollten diese Maßnahmen nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle des Artikels 5a des Beschlusses 1999/468/EG des Rates erlassen werden.
- (17) Die Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 sollte daher aufgehoben werden.
- (18) Der durch den Beschluss 89/382/EWG, Euratom des Rates ⁽¹⁾ eingesetzte Ausschuss für das Statistische Programm ist gehört worden —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Zweck

Mit dieser Verordnung wird ein gemeinsamer Rahmen für Unternehmensregister für statistische Zwecke in der Gemeinschaft geschaffen.

Die Mitgliedstaaten erstellen für statistische Zwecke ein oder mehrere harmonisierte Register als Hilfsmittel für die Vorbereitung und Koordinierung von Erhebungen, als Informationsquelle für die statistische Analyse der Unternehmenspopulation und ihrer Demografie, für die Verwendung administrativer Daten und für die Identifizierung und den Aufbau statistischer Einheiten.

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne dieser Verordnung gelten folgende Definitionen:

- a) die Begriffe „rechtliche Einheit“, „Unternehmen“, „örtliche Einheit“ und „Unternehmensgruppe“ entsprechen den Definitionen des Anhangs der Verordnung (EWG) Nr. 696/93;
- b) der Begriff „einzelstaatliche Stellen“ entspricht der Definition des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 322/97;
- c) der Begriff „statistische Zwecke“ entspricht der Beschreibung des Artikels 2 Nummer 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1588/90;
- d) eine „multinationale Unternehmensgruppe“ ist eine Unternehmensgruppe, die über mindestens zwei Unternehmen oder rechtliche Einheiten in verschiedenen Ländern verfügt;

- e) eine „Rumpfunternehmensgruppe“ bilden die Unternehmen und rechtlichen Einheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe, die im gleichen Land ansässig sind. Sie kann aus einer einzigen Einheit bestehen, wenn die übrigen Einheiten nicht gebietsansässig sind. Ein Unternehmen kann die Rumpfunternehmensgruppe bilden oder ein Teil von ihr sein.

Artikel 3

Erfassungsbereich

- (1) Im Einklang mit den Definitionen des Artikels 2 und vorbehaltlich der Einschränkungen des vorliegenden Artikels erfasst das Register Folgendes:

- a) alle Unternehmen, die eine zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragende wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, und ihre örtlichen Einheiten,
- b) die rechtlichen Einheiten, aus denen diese Unternehmen bestehen,
- c) Rumpfunternehmensgruppen und multinationale Unternehmensgruppen und
- d) rein gebietsansässige Unternehmensgruppen.

- (2) Die Anforderungen des Absatzes 1 gelten jedoch nicht für Haushalte, wenn die von ihnen erzeugten Waren und Dienstleistungen für den Eigenverbrauch bestimmt sind oder in der Vermietung oder Verpachtung von eigenem Grundbesitz bestehen.

- (3) Für die Zwecke der Unternehmensregister gelten örtliche Einheiten (Zweigstellen), die keine separaten rechtlichen Einheiten bilden, von ausländischen Unternehmen abhängig und nach dem mit der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft ⁽²⁾ errichteten Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 und dem System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen 1993 als Quasi-Kapitalgesellschaften klassifiziert werden, als Unternehmen.

- (4) Unternehmensgruppen können anhand der Kontrollbeziehungen zwischen ihren rechtlichen Einheiten identifiziert werden. Zur Abgrenzung von Unternehmensgruppen wird die Definition von Kontrolle der Nummer 2.26 in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 herangezogen.

- (5) Die vorliegende Verordnung gilt nur für Einheiten, die ganz oder teilweise eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Als wirtschaftliche Tätigkeit ist jede Tätigkeit anzusehen, die im Angebot von Waren oder Dienstleistungen auf einem gegebenen Markt besteht. Darüber hinaus werden nicht marktbestimmte Dienstleistungen, die zum BIP beitragen, sowie direkte oder indirekte Beteiligungen an aktiven rechtlichen Einheiten für die Zwecke der Unternehmensregister als wirtschaftliche Tätigkeiten angesehen. Wirtschaftlich nicht aktive rechtliche Einheiten sind nur in Kombination mit wirtschaftlich aktiven rechtlichen Einheiten Teil eines Unternehmens.

⁽²⁾ ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1267/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 180 vom 18.7.2003, S. 1).

⁽¹⁾ ABl. L 181 vom 28.6.1989, S. 47.

(6) Die Maßnahmen zur Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Verordnung in Bezug auf die Frage, inwieweit Unternehmen mit weniger als einem halben Beschäftigten und rein gebietsansässige Unternehmensgruppen, die für die Mitgliedstaaten ohne statistische Bedeutung sind, in die Register einbezogen werden und wie die Einheiten passend zu den Einheiten für die Agrarstatistiken definiert werden, wird nach dem in Artikel 16 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle entschieden.

Artikel 4

Datenquellen

(1) Unter Einhaltung der in Artikel 6 genannten Qualitätsstandards können die Mitgliedstaaten bei der Erhebung der nach dieser Verordnung erforderlichen Informationen alle ihnen sinnvoll erscheinenden Quellen nutzen. Die einzelstaatlichen Stellen sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten befugt, die unter diese Verordnung fallenden Informationen für statistische Zwecke administrativen oder gerichtlichen Dateien zu entnehmen.

(2) Können die erforderlichen Daten nicht mit einem vertretbaren Kostenaufwand erhoben werden, so können die einzelstaatlichen Stellen unter Beachtung von Genauigkeits- und Qualitätsanforderungen statistische Schätzverfahren verwenden.

Artikel 5

Merkmale der Register

(1) Die in den Registern erfassten Einheiten werden mit einer Kennnummer und den im Anhang aufgeführten Angaben versehen.

(2) Die Maßnahmen zur Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Verordnung durch Ergänzungen, die die Aktualisierung der Liste der Merkmale und die Definition der Merkmale und der Kontinuitätsregeln betreffen, werden nach dem in Artikel 16 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen.

Artikel 6

Qualitätsstandards und -berichte

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität der Unternehmensregister.

(2) Die Mitgliedstaaten legen der Kommission (Eurostat) auf Anfrage einen Bericht über die Qualität der Unternehmensregister (nachstehend „Qualitätsberichte“ genannt) vor.

(3) Die Maßnahmen, die die gemeinsamen Qualitätsstandards sowie den Inhalt und die Periodizität der Qualitätsberichte betreffen, werden unter Berücksichtigung der Kosten der Datenerstellung nach dem in Artikel 16 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen.

(4) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission (Eurostat) über wesentliche methodische oder sonstige Änderungen, die sich auf die Qualität der Unternehmensregister auswirken könnten, sofort nach Bekanntwerden dieser Änderungen, spätestens jedoch sechs Monate nach ihrem Inkrafttreten.

(5) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Durchführung dieser Verordnung vor und geht dabei insbesondere auf die Kosten des statistischen Systems sowie den Aufwand für die Unternehmen und den sich ergebenden Nutzen ein.

Artikel 7

Empfehlungshandbuch

Die Kommission veröffentlicht ein Handbuch mit Empfehlungen für Unternehmensregister. Das Handbuch wird in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten aktualisiert.

Artikel 8

Zeitplan und Periodizität

(1) Einträge in die und Löschungen aus den Registern werden mindestens jährlich aktualisiert.

(2) Die Häufigkeit der Aktualisierungen hängt von der Art der Einheit, der betrachteten Variablen, der Größe der Einheit und der im Allgemeinen für die Aktualisierung benutzten Quelle ab.

(3) Die Maßnahmen, die die Regeln für die Aktualisierung betreffen, werden nach dem in Artikel 16 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen.

(4) Die Mitgliedstaaten fertigen jährlich eine Kopie an, die den Stand der Unternehmensregister zum Jahresende wiedergibt, und bewahren diese Kopie mindestens 30 Jahre zu Analyse Zwecken auf.

Artikel 9

Übermittlung von Berichten

(1) Die Mitgliedstaaten führen statistische Analysen der Register durch und übermitteln die Informationen an die Kommission (Eurostat); Format und Verfahren der Datenübermittlung werden von der Kommission nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren festgelegt.

(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission (Eurostat) auf Anfrage alle einschlägigen Informationen über die Durchführung dieser Verordnung in den Mitgliedstaaten.

Artikel 10

Austausch vertraulicher Daten zwischen den Mitgliedstaaten

Der Austausch vertraulicher Daten zwischen den entsprechenden einzelstaatlichen Stellen verschiedener Mitgliedstaaten ausschließlich zu statistischen Zwecken im Einklang mit nationalem Recht ist zulässig, wenn damit die Qualität der Informationen über multinationale Unternehmensgruppen in der Europäischen Union gewährleistet werden soll. Die nationalen Zentralbanken können im Einklang mit nationalem Recht an dem Datenaustausch beteiligt sein.

*Artikel 11***Austausch vertraulicher Daten zwischen der Kommission (Eurostat) und den Mitgliedstaaten**

(1) Die einzelstaatlichen Stellen übermitteln der Kommission (Eurostat) Daten über multinationale Unternehmensgruppen und die sie konstituierenden Einheiten im Sinne des Anhangs, um ausschließlich zu statistischen Zwecken Informationen über multinationale Gruppen in der Europäischen Union bereitzustellen.

(2) Um einen konsistenten Datensatz ausschließlich zu statistischen Zwecken zu gewährleisten, übermittelt die Kommission (Eurostat) den entsprechenden einzelstaatlichen Stellen in den einzelnen Mitgliedstaaten Daten über eine multinationale Unternehmensgruppe und die sie konstituierenden Einheiten, wenn mindestens eine rechtliche Einheit der Gruppe auf dem Staatsgebiet des betreffenden Mitgliedstaates ansässig ist.

(3) Um sicherzustellen, dass die nach diesem Artikel übermittelten Daten ausschließlich zu statistischen Zwecken genutzt werden, werden Zweck, Umfang, Format, Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Vertraulichkeit und Verfahren der Übermittlung von Daten über einzelne Einheiten an die Kommission (Eurostat) sowie der Übermittlung von Daten über multinationale Unternehmensgruppen an die entsprechenden einzelstaatlichen Stellen nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren festgelegt.

*Artikel 12***Austausch vertraulicher Daten zwischen der Kommission (Eurostat) und den Zentralbanken**

(1) Für die Zwecke dieser Verordnung ist der Austausch vertraulicher Daten ausschließlich zu statistischen Zwecken zwischen der Kommission (Eurostat) und den nationalen Zentralbanken sowie zwischen der Kommission (Eurostat) und der Europäischen Zentralbank zulässig, wenn damit die Qualität der Informationen über multinationale Unternehmensgruppen in der Europäischen Union gewährleistet werden soll und der Austausch von der entsprechenden einzelstaatlichen Stelle ausdrücklich genehmigt wurde.

(2) Um sicherzustellen, dass die nach diesem Artikel übermittelten Daten ausschließlich zu statistischen Zwecken genutzt werden, werden Zweck, Umfang, Format, Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Vertraulichkeit und Verfahren der Übermittlung von Daten über multinationale Unternehmensgruppen an die nationalen Zentralbanken und die Europäische Zentralbank nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren festgelegt.

*Artikel 13***Vertraulichkeit und Zugang zu identifizierbaren Daten**

(1) Die Kommission (Eurostat), die einzelstaatlichen Stellen, die nationalen Zentralbanken und die Europäische Zentralbank,

die gemäß Artikel 10, 11 und 12 vertrauliche Daten erhalten, behandeln die entsprechenden Informationen im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 322/97 vertraulich.

(2) Für die Zwecke der vorliegenden Verordnung und ungeachtet des Artikels 14 der Verordnung (EG) Nr. 322/97 ist die Übermittlung vertraulicher Daten zwischen den einzelstaatlichen Stellen und der Kommission (Eurostat) — unabhängig davon, ob die Daten eine direkte Identifizierung erlauben oder nicht — zulässig, soweit diese Übermittlung für die Erstellung spezifischer Gemeinschaftsstatistiken erforderlich ist. Jede weitere Übermittlung muss von der einzelstaatlichen Stelle, die die Daten erhoben hat, ausdrücklich genehmigt werden.

*Artikel 14***Übergangszeitraum und Ausnahmeregelungen**

Ist eine umfassende Überarbeitung der Unternehmensregister erforderlich, so kann die Kommission auf Ersuchen eines Mitgliedstaates für einen Übergangszeitraum bis höchstens ... (*) eine Ausnahmeregelung zulassen.

Für Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, öffentliche Verwaltung, Verteidigung und obligatorische Sozialversicherung sowie für die zusätzlichen Merkmale betreffend Unternehmensgruppen kann die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaates eine Ausnahmeregelung für einen Übergangszeitraum bis höchstens ... (**) zulassen.

*Artikel 15***Durchführungsbestimmungen**

(1) Die folgenden Maßnahmen zur Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Verordnung auch durch Ergänzung, werden nach dem in Artikel 16 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen:

- a) die Erfassung der kleinsten Unternehmen und rein gebietsansässigen Unternehmensgruppen gemäß Artikel 3 Absatz 6,
- b) die Aktualisierung der Liste der Registermerkmale im Anhang, ihre Definitionen und ihre Kontinuitätsregeln gemäß Artikel 5, wobei dem Grundsatz, dass der Nutzen der Aktualisierung deren Kosten aufwiegen muss, und dem Grundsatz, dass die damit verbundenen zusätzlichen Ressourcen für die Mitgliedstaaten bzw. für die Unternehmen innerhalb eines vernünftigen Rahmens bleiben, Rechnung getragen wird,
- c) die Festlegung der gemeinsamen Qualitätsstandards sowie des Inhalts und der Periodizität der Qualitätsberichte gemäß Artikel 6 Absatz 3 und
- d) die Bestimmungen zur Aktualisierung der Register gemäß Artikel 8 Absatz 3.

(*) Zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

(**) Fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

(2) Maßnahmen, die sich auf Folgendes beziehen, werden nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren erlassen:

- a) die Übermittlung von Informationen, die sich aus der statistischen Analyse von Registern ergeben, gemäß Artikel 9,
- b) die Übermittlung von Daten über einzelne Einheiten bei multinationalen Unternehmensgruppen zwischen der Kommission (Eurostat) und den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 11 und
- c) die Übermittlung von Daten über multinationale Unternehmensgruppen zwischen der Kommission (Eurostat) und den Zentralbanken gemäß Artikel 12.

Artikel 16

Ausschuss

(1) Die Kommission wird von dem Ausschuss für das Statistische Programm unterstützt.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Der Zeitraum nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf drei Monate festgesetzt.

(3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 5a Absätze 1 bis 4 und Artikel 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Artikel 17

Aufhebung

Die Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 wird aufgehoben.

Verweisungen auf die aufgehobene Verordnung gelten als Verweisungen auf die vorliegende Verordnung.

Artikel 18

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ... am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments

Der Präsident

...

Im Namen des Rates

Der Präsident

...

ANHANG

Die Unternehmensregister enthalten folgende Angaben zu den einzelnen Einheiten. Die Angaben müssen nicht für jede Einheit getrennt gespeichert werden, wenn sie von einer anderen Einheit (anderen Einheiten) abgeleitet werden können.

Bei fehlender Markierung müssen Angaben gemacht werden, bei der Markierung „bedingt“ müssen Angaben gemacht werden, wenn sie in den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, und bei der Markierung „fakultativ“ wird empfohlen, Angaben zu machen.

1. Rechtliche Einheit			
Identifizierungsmerkmale	1.1		Kennnummer
	1.2a		Name
	1.2b		Möglichst genaue Anschrift (einschließlich Postleitzahl)
	1.2c	Fakultativ	Telefon- und Faxnummern, E-Mail-Adresse und Angaben, die die elektronische Datenerhebung ermöglichen
	1.3		Mehrwertsteuernummer (MwSt.-Nummer) bzw. sonstige administrative Kennnummer
Demografische Merkmale	1.4		Datum der Gründung (juristische Personen) oder Datum der amtlichen Eintragung als Wirtschaftsteilnehmer (natürliche Personen)
	1.5		Datum, seit dem die rechtliche Einheit nicht mehr Teil eines (unter Nummer 3.3 angegebenen) Unternehmens ist
Wirtschaftliche/Schichtungsmerkmale	1.6		Rechtsform
Verknüpfungen mit anderen Registern			Verweis auf verbundene Register mit für statistische Zwecke nutzbaren Informationen, in denen die rechtliche Einheit aufgeführt ist
	1.7a		Verweis auf das Register der innergemeinschaftlichen Marktteilnehmer gemäß der Verordnung (EG) Nr. 638/2004 ⁽¹⁾ und Verweis auf das Zollregister oder das Register der außergemeinschaftlichen Marktteilnehmer
	1.7b	Fakultativ	Verweis auf Bilanzdaten (bei Einheiten, die Jahresabschlüsse vorlegen müssen) und Verweis auf das Zahlungsbilanzregister oder das Register der ausländischen Direktinvestitionen und Verweis auf das Landwirtschaftsregister

(¹) Verordnung (EG) Nr. 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 1).

Zusätzliche Merkmale für rechtliche Einheiten, die Teil von Unternehmen sind, die zu einer Unternehmensgruppe gehören:

Beziehung zur Unternehmensgruppe	1.8		Kennnummer der rein gebietsansässigen Unternehmensgruppe/Rumpfunternehmensgruppe (4.1), zu der die Einheit gehört
	1.9		Datum des Zusammenschlusses mit der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe
	1.10		Datum der Trennung von der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe

Kontrolle der Einheiten			Die inländischen Kontrollbeziehungen können entweder von oben nach unten (1.11a) oder von unten nach oben (1.11b) eingetragen werden. Nur die erste Ebene der (direkten oder indirekten) Kontrolle wird für jede Einheit eingetragen (die gesamte Kontrollkette ergibt sich aus der Kombination dieser Angaben)
	1.11a		Kennnummer(n) der gebietsansässigen rechtlichen Einheit(en), die von der rechtlichen Einheit kontrolliert wird (werden)
	1.11b		Kennnummer der gebietsansässigen rechtlichen Einheit, die die rechtliche Einheit kontrolliert
	1.12a		Land bzw. Länder der Registrierung und Kennnummer(n) oder Name(n) und Anschrift(en) der nicht gebietsansässigen rechtlichen Einheit(en), die von der rechtlichen Einheit kontrolliert wird (werden)
	1.12b	Bedingt	MwSt.-Nummer(n) der nicht gebietsansässigen rechtlichen Einheit(en), die von der rechtlichen Einheit kontrolliert wird (werden)
	1.13a		Land der Registrierung und Kennnummer oder Name und Anschrift der nicht gebietsansässigen rechtlichen Einheit, die die rechtliche Einheit kontrolliert
	1.13b	Bedingt	MwSt.-Nummer der nicht gebietsansässigen rechtlichen Einheit, die die rechtliche Einheit kontrolliert
Eigentumsverhältnisse		Bedingt	Die gebietsansässigen Eigentümer können entweder von oben nach unten (1.14a) oder von unten nach oben (1.14b) eingetragen werden. Die Eintragung der Angaben und die zugrunde liegende Beteiligungsschwelle hängen von der Verfügbarkeit dieser Information in den administrativen Quellen ab. Die empfohlene Schwelle beträgt 10 % oder mehr des direkten Eigentums
	1.14a	Bedingt	a) Kennnummer(n) und b) Anteile (%) an der (den) gebietsansässigen rechtlichen Einheit(en), die im Eigentum der rechtlichen Einheit ist (sind)
	1.14b	Bedingt	a) Kennnummer(n) und b) Anteile (%) der gebietsansässigen rechtlichen Einheit(en), die Eigentümer der rechtlichen Einheit ist (sind)
	1.15	Bedingt	a) Land bzw. Länder der Registrierung und b) Kennnummer(n) oder Name(n), Anschrift(en) und MwSt.-Nummer(n) und c) Anteile (%) an der (den) nicht gebietsansässigen rechtlichen Einheit(en), die im Eigentum der rechtlichen Einheit ist (sind)
	1.16	Bedingt	a) Land bzw. Länder der Registrierung und b) Kennnummer(n) oder Name(n), Anschrift(en) und MwSt.-Nummer(n) und c) Anteile (%) der nicht gebietsansässigen rechtlichen Einheit(en), die Eigentümer der rechtlichen Einheit ist (sind)

2. Örtliche Einheit

Identifizierungsmerkmale	2.1		Kennnummer
	2.2a		Name
	2.2b		Möglichst genaue Anschrift (einschließlich Postleitzahl)
	2.2c	Fakultativ	Telefon- und Faxnummern, E-Mail-Adresse und Angaben, die die elektronische Datenerhebung ermöglichen
	2.3		Kennnummer des Unternehmens (3.1), zu dem die örtliche Einheit gehört
Demografische Merkmale	2.4		Datum der Aufnahme der Tätigkeiten
	2.5		Datum der endgültigen Einstellung der Tätigkeiten
Wirtschaftliche/Schichtungsmerkmale	2.6		Code der Haupttätigkeit auf der vierstelligen Ebene der NACE
	2.7	Bedingt	Gegebenenfalls Nebentätigkeiten auf der vierstelligen Ebene der NACE; dieser Punkt betrifft nur örtliche Einheiten, die Gegenstand von Erhebungen sind
	2.8	Fakultativ	Die in der örtlichen Einheit ausgeübte Tätigkeit ist eine Hilfstätigkeit des Unternehmens, zu dem die örtliche Einheit gehört (ja/nein)
	2.9		Zahl der Beschäftigten
	2.10a		Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger
	2.10b	Fakultativ	Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten
	2.11		Geografischer Code
Verknüpfungen mit anderen Registern	2.12	Bedingt	Verweis auf verbundene Register mit für statistische Zwecke nutzbaren Informationen, in denen die rechtliche Einheit aufgeführt ist (falls solche Register vorhanden sind)

3. Unternehmen

Identifizierungsmerkmale	3.1		Kennnummer
	3.2a		Name
	3.2b	Fakultativ	Postanschrift, E-Mail- und Internetadressen
	3.3		Kennnummer(n) der rechtlichen Einheit(en), aus der (denen) das Unternehmen besteht

Demografische Merkmale	3.4		Datum der Aufnahme der Tätigkeiten
	3.5		Datum der endgültigen Einstellung der Tätigkeiten
Wirtschaftliche/Schichtungsmerkmale	3.6		Code der Haupttätigkeit auf der vierstelligen Ebene der NACE
	3.7	Bedingt	Gegebenenfalls Nebentätigkeiten auf der vierstelligen Ebene der NACE; dieser Punkt betrifft nur Unternehmen, die Gegenstand von Erhebungen sind
	3.8		Zahl der Beschäftigten
	3.9a		Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger
	3.9b	Fakultativ	Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten
	3.10a		Umsatz mit Ausnahme der Fälle der Nummer 3.10b
	3.10b	Fakultativ	Umsatz: für Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht und öffentliche Verwaltung und Verteidigung, obligatorische Sozialversicherung, private Haushalte mit Beschäftigten und extraterritoriale Organisationen
	3.11		Institutioneller Sektor und Teilsektor nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Zusätzliche Merkmale für Unternehmen, die zu einer Unternehmensgruppe gehören:

Beziehung zur Unternehmensgruppe	3.12	Kennnummer der rein gebietsansässigen Unternehmensgruppe/Rumpfunternehmensgruppe (4.1), zu der das Unternehmen gehört
----------------------------------	------	---

4. Unternehmensgruppe

Identifizierungsmerkmale	4.1		Kennnummer der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe
	4.2a		Name der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe
	4.2b	Fakultativ	Postanschrift, E-Mail- und Internetadressen des Stammsitzes der gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe
	4.3	Teilweise bedingt	Kennnummer des Gruppenoberhauptes der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe (entspricht der Kennnummer der rechtlichen Einheit, die das Oberhaupt der gebietsansässigen Gruppe bildet). Bedingt, falls die die Kontrolle ausübende Einheit eine natürliche Person ist, die kein Wirtschaftsteilnehmer ist; die Eintragung dieser Angabe hängt von der Verfügbarkeit dieser Information in den administrativen Quellen ab
	4.4		Art der Unternehmensgruppe: 1. rein gebietsansässige Gruppe 2. inländisch kontrollierte Rumpfgruppe 3. ausländisch kontrollierte Rumpfgruppe

Demografische Merkmale	4.5		Datum der Gründung der rein gebietsansässigen Unternehmensgruppe/Rumpfunternehmensgruppe
	4.6		Datum der Auflösung der rein gebietsansässigen Unternehmensgruppe/Rumpfunternehmensgruppe
Wirtschaftliche/Schichtungsmerkmale	4.7		Code der Haupttätigkeit der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe auf der zweistelligen Ebene der NACE
	4.8	Fakultativ	Nebentätigkeiten der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe auf der zweistelligen Ebene der NACE
	4.9		Zahl der Beschäftigten in der rein gebietsansässigen Gruppe/Rumpfgruppe
	4.10	Fakultativ	Konsolidierter Umsatz

Zusätzliche Merkmale für multinationale Unternehmensgruppen (Arten 2 und 3 unter Nummer 4.4):

Die Erfassung der Variablen 4.11 und 4.12a ist bis zur Regelung der Übermittlung von Informationen über multinationale Gruppen gemäß Artikel 11 fakultativ.

Identifizierungsmerkmale	4.11		Kennnummer der weltweiten Gruppe
	4.12a		Name der weltweiten Gruppe
	4.12b	Fakultativ	Land der Registrierung, Postanschrift, E-Mail- und Internetadressen des Stammsitzes der weltweiten Gruppe
	4.13a		Kennnummer des Gruppenoberhaupts der weltweiten Gruppe, sofern dieses gebietsansässig ist (entspricht der Kennnummer der rechtlichen Einheit, die das Gruppenoberhaupt bildet). Ist das Gruppenoberhaupt der weltweiten Gruppe nicht gebietsansässig, so ist das Land der Registrierung anzugeben
	4.13b	Fakultativ	Kennnummer oder Name und Anschrift des Gruppenoberhaupts der weltweiten Gruppe, sofern dieses nicht gebietsansässig ist
Wirtschaftliche/Schichtungsmerkmale	4.14	Fakultativ	Zahl der Beschäftigten weltweit
	4.15	Fakultativ	Konsolidierter Gesamtumsatz
	4.16	Fakultativ	Sitzland des weltweiten Entscheidungszentrums
	4.17	Fakultativ	Länder, in denen Unternehmen oder örtliche Einheiten ansässig sind

BEGRÜNDUNG DES RATES

I. EINLEITUNG

1. Die Kommission hat ihren Vorschlag ⁽¹⁾ am 5. April 2005 angenommen; Ziel des Vorschlags ist es, die geltende Verordnung (EWG) 2186/93 über Unternehmensregister auf den neuesten Stand zu bringen und den zwischenzeitlich entstandenen zusätzlichen statistischen Anforderungen Rechnung zu tragen. Der Vorschlag ist unter aufeinander folgenden Vorsitzen in den Vorbereitungsgremien des Rates geprüft und erörtert worden.
2. Das Europäische Parlament hat seine Stellungnahme in erster Lesung am 1. Juni 2006 abgegeben.
3. Der Rat hat am 21. Mai 2007 seinen Gemeinsamen Standpunkt gemäß Artikel 251 EG-Vertrag festgelegt.

II. ZIELE

Mit dem Verordnungsentwurf werden in erster Linie folgende Ziele verfolgt:

- die obligatorische Erfassung aller Unternehmen, ihrer örtlichen Einheiten und der entsprechenden rechtlichen Einheiten, die eine zum Bruttoinlandsprodukt beitragende wirtschaftliche Tätigkeit ausüben;
- die Erfassung aller finanziellen Beziehungen und Unternehmensgruppen und Austausch von Daten über multinationale Gruppen und die sie konstituierenden Einheiten zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission (Eurostat).

Darüber hinaus zielt der Vorschlag durch die Festlegung einer gemeinsamen Verfahrensweise auf eine Harmonisierung in der gesamten EU ab.

III. ANALYSE DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS

1. Allgemeiner Hintergrund

Im Juni 2006 wurde in erster Lesung Einigung über dieses Dossier erzielt (PECONS 3624/06).

Am 17. Juli 2006 hat der Rat den Beschluss 2006/512/EG angenommen, mit dem der Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse geändert und ein neues Verfahren, das so genannte „Regelungsverfahren mit Kontrolle“ (Artikel 5a), eingeführt wurde.

Das neue Ausschussverfahren ist anzuwenden, wenn Maßnahmen von allgemeiner Tragweite angenommen werden, die eine Änderung von nicht wesentlichen Bestimmungen eines nach dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags erlassenen Basisrechtsakts bewirken, unter anderem durch Streichung einiger dieser Bestimmungen oder Hinzufügung neuer nicht wesentlicher Bestimmungen.

2. Vom Rat vorgenommene Anpassungen

Im Verordnungsentwurf wird in allen Fällen, in denen der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden, auf das Regelungsverfahren Bezug genommen; er muss daher soweit erforderlich an das neue Ausschussregelungsverfahren mit Kontrolle angepasst werden.

Die Kommission hat dem vom Rat festgelegten Gemeinsamen Standpunkt zugestimmt.

⁽¹⁾ KOM(2005) 112 endg.

GEMEINSAMER STANDPUNKT (EG) Nr. 10/2007**vom Rat festgelegt am 28. Juni 2007****im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates**

(2007/C 193 E/02)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 61 Buchstabe c und Artikel 67 Absatz 5 zweiter Gedankenstrich,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Union hat sich zum Ziel gesetzt, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem der freie Personenverkehr gewährleistet ist, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zum schrittweisen Aufbau dieses Raums erlässt die Gemeinschaft unter anderem im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen die für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts erforderlichen Maßnahmen.
- (2) Für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts muss die Übermittlung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen, die in einem anderen Mitgliedstaat zugestellt werden sollen, zwischen den Mitgliedstaaten verbessert und beschleunigt werden.
- (3) Der Rat hat mit Rechtsakt vom 26. Mai 1997 ⁽³⁾ ein Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erstellt und das Übereinkommen den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfohlen. Dieses Übereinkommen ist nicht in Kraft getreten. Die bei der Aushandlung dieses Übereinkommens erzielten Ergebnisse sind zu wahren.
- (4) Am 29. Mai 2000 hat der Rat die Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten ⁽⁴⁾ angenommen. Der wesentliche Inhalt des Übereinkommens hat in jene Verordnung Eingang gefunden.

⁽¹⁾ ABl. C 88 vom 11.4.2006, S. 7.⁽²⁾ Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 4. Juli 2006 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 28. Juni 2007 und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom ... (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).⁽³⁾ ABl. C 261 vom 27.8.1997, S. 1. Der Rat hat am Tag der Fertigstellung des Übereinkommens von dem erläuternden Bericht zu diesem Übereinkommen Kenntnis genommen. Dieser erläuternde Bericht ist auf Seite 26 des vorstehenden Amtsblatts enthalten.⁽⁴⁾ ABl. L 160 vom 30.6.2000, S. 37.

- (5) Am 1. Oktober 2004 hat die Kommission einen Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 angenommen. Diesem Bericht zufolge hat sich die Übermittlung und Zustellung von Schriftstücken in den Mitgliedstaaten seit Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 im Allgemeinen verbessert und beschleunigt, doch werden bestimmte Vorschriften nicht gänzlich zufrieden stellend angewandt.
- (6) Die Wirksamkeit und Schnelligkeit der gerichtlichen Verfahren in Zivilsachen setzt voraus, dass die Übermittlung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke unmittelbar und auf schnellstmöglichem Wege zwischen den Mitgliedstaaten benannten örtlichen Stellen erfolgt. Die Mitgliedstaaten dürfen erklären, dass sie nur eine Übermittlungs- oder Empfangsstelle oder eine Stelle, die beide Funktionen zugleich wahrnimmt, für einen Zeitraum von fünf Jahren benennen wollen. Diese Benennung kann jedoch alle fünf Jahre erneuert werden.
- (7) Eine schnelle Übermittlung erfordert den Einsatz aller geeigneten Mittel, wobei bestimmte Anforderungen an die Lesbarkeit und die Originaltreue des empfangenen Schriftstücks zu beachten sind. Zur Sicherstellung der Übermittlung muss das zu übermittelnde Schriftstück mit einem Formblatt versehen sein, das in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Ortes auszufüllen ist, an dem die Zustellung erfolgen soll, oder in einer anderen vom Empfängerstaat anerkannten Sprache.
- (8) Diese Verordnung sollte nicht für die Zustellung eines Schriftstücks an den Bevollmächtigten einer Partei in dem Mitgliedstaat gelten, in dem das Verfahren anhängig ist, unabhängig davon, wo die Partei ihren Wohnsitz hat.
- (9) Die Zustellung eines Schriftstücks sollte so bald wie möglich, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang bei der Empfangsstelle erfolgen.
- (10) Um die Wirksamkeit dieser Verordnung zu gewährleisten, sollte die Möglichkeit, die Zustellung von Schriftstücken zu verweigern, auf Ausnahmefälle beschränkt werden.
- (11) Um die Übermittlung und Zustellung von Schriftstücken zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern, sollten die in den Anhängen dieser Verordnung enthaltenen Formblätter verwendet werden.

- (12) Die Empfangsstelle sollte den Zustellungsempfänger schriftlich unter Verwendung des Formblatts darüber belehren, dass er die Annahme des Schriftstücks bei der Zustellung oder dadurch verweigern darf, dass er das Schriftstück binnen einer Woche an die Empfangsstelle zurücksendet, wenn es nicht in einer Sprache, die er versteht, oder in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Zustellungsortes abgefasst ist. Diese Regel sollte auch für später erfolgende Zustellungen gelten, wenn der Empfänger sein Verweigerungsrecht ausgeübt hat. Diese Verweigerungsregeln sollten auch für die Zustellung durch die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen, die Zustellung durch Postdienste oder die unmittelbare Zustellung gelten. Die Zustellung eines Schriftstücks, dessen Annahme verweigert wurde, an den Zustellungsempfänger sollte durch die Zustellung einer Übersetzung des zuzustellenden Schriftstücks an den Zustellungsempfänger bewirkt werden können.
- (13) Auf eine schnelle Übermittlung muss auch eine schnelle Zustellung des Schriftstücks in den Tagen nach seinem Eingang folgen. Konnte das Schriftstück nach Ablauf eines Monats nicht zugestellt werden, so setzt die Empfangsstelle die Übermittlungsstelle davon in Kenntnis. Der Ablauf dieser Frist bedeutet nicht, dass der Antrag an die Übermittlungsstelle zurückgesandt werden muss, wenn feststeht, dass die Zustellung innerhalb einer angemessenen Frist möglich ist.
- (14) Die Empfangsstelle sollte auch in den Fällen weiterhin alle für die Zustellung des Schriftstücks erforderlichen Schritte unternehmen, in denen es nicht möglich war, die Zustellung des Schriftstücks innerhalb eines Monats zu bewirken, beispielsweise weil der Beklagte urlaubsbedingt nicht zuhause war oder sich aus dienstlichen Gründen nicht in seinem Büro aufhielt. Die Übermittlungsstelle sollte jedoch zur Vermeidung einer unbefristeten Pflicht der Empfangsstelle, Schritte zur Zustellung des Schriftstücks zu unternehmen, in dem Formblatt eine Frist festzulegen können, nach deren Ablauf die Zustellung nicht mehr erforderlich ist.
- (15) Aufgrund der verfahrensrechtlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestimmt sich der Zustellungszeitpunkt in den einzelnen Mitgliedstaaten nach unterschiedlichen Kriterien. Unter diesen Umständen und in Anbetracht der möglicherweise daraus entstehenden Schwierigkeiten sollte diese Verordnung deshalb eine Regelung vorsehen, nach der sich der Zustellungszeitpunkt nach dem Recht des Empfangsmitgliedstaats bestimmt. Muss jedoch nach dem Recht eines Mitgliedstaats ein Schriftstück innerhalb einer bestimmten Frist zugestellt werden, so sollte im Verhältnis zum Antragsteller als Datum der Zustellung das Datum gelten, das sich aus dem Recht dieses Mitgliedstaats ergibt. Diese Regelung des doppelten Datums besteht nur in einer begrenzten Zahl von Mitgliedstaaten. Diejenigen Mitgliedstaaten, die diese Regelung anwenden, sollten dies der Kommission mitteilen, die diese Information im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichen und über das Europäische Justizielle Netz für Zivil- und Handelssachen, das durch die Entscheidung 2001/470/EG des Rates ⁽¹⁾ eingerichtet worden ist, zugänglich machen sollte.
- (16) Um den Zugang zum Recht zu erleichtern, sollten die Kosten, die dadurch entstehen, dass bei der Zustellung eine Amtsperson oder eine andere nach dem Recht des Empfangsmitgliedstaats zuständige Person mitwirkt, einer von diesem Mitgliedstaat nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung im Voraus festgesetzten einheitlichen Festgebühr entsprechen. Das Erfordernis einer einheitlichen Festgebühr sollte nicht die Möglichkeit ausschließen, dass die Mitgliedstaaten unterschiedliche Festgebühren für unterschiedliche Arten der Zustellung festlegen, sofern sie diese Grundsätze beachten.
- (17) Es sollte jedem Mitgliedstaat freistehen, Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, Schriftstücke unmittelbar durch Postdienste per Einschreiben mit Rückschein oder gleichwertigem Beleg zustellen zu lassen.
- (18) Jeder an einem gerichtlichen Verfahren Beteiligte sollte Schriftstücke unmittelbar durch Amtspersonen, Beamte oder sonstige zuständige Personen des Empfangsmitgliedstaats zustellen lassen können, wenn eine solche unmittelbare Zustellung nach dem Recht dieses Mitgliedstaats zulässig ist.
- (19) Die Kommission sollte ein Handbuch mit Informationen zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung erstellen, das über das Europäische Justizielle Netz für die Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen zugänglich gemacht werden sollte. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten ihr Möglichstes tun, um sicherzustellen, dass diese Informationen aktuell und vollständig sind, insbesondere hinsichtlich der Kontaktinformationen zu den Empfangs- und den Übermittlungsstellen.
- (20) Die Berechnung der in dieser Verordnung vorgesehenen Fristen und Termine sollte nach Maßgabe der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine ⁽²⁾ erfolgen.
- (21) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse ⁽³⁾ erlassen werden.

⁽¹⁾ ABl. L 174 vom 27.6.2001, S. 25.

⁽²⁾ ABl. L 124 vom 8.6.1971, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23. Geändert durch den Beschluss 2006/512/EG (AbL. L 200 vom 22.7.2006, S. 11).

- (22) Der Kommission sollte insbesondere die Befugnis zur Aktualisierung oder technischen Anpassung der Formblätter in den Anhängen übertragen werden. Da es sich bei diesen Maßnahmen um Maßnahmen von allgemeiner Tragweite zur Änderung bzw. Streichung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Verordnung handelt, müssen sie nach Artikel 5a des Beschlusses 1999/468/EG im Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen werden.
- (23) In den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien der von den Mitgliedstaaten geschlossenen bilateralen oder multilateralen Übereinkünfte oder Vereinbarungen sind, insbesondere des Protokolls zum Brüsseler Übereinkommen vom 27. September 1968 ⁽¹⁾ und des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965 ⁽²⁾, hat diese Verordnung in ihrem Anwendungsbereich Vorrang vor den Bestimmungen der Übereinkünfte oder Vereinbarungen mit demselben Anwendungsbereich. Es steht den Mitgliedstaaten frei, Übereinkünfte oder Vereinbarungen zur Beschleunigung oder Vereinfachung der Übermittlung von Schriftstücken beizubehalten oder zu schließen, sofern diese Übereinkünfte oder Vereinbarungen mit dieser Verordnung vereinbar sind.
- (24) Die nach dieser Verordnung übermittelten Daten sollten angemessen geschützt werden. Diese Frage wird durch die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr ⁽³⁾ und die Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre im Bereich der Telekommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) ⁽⁴⁾ geregelt.
- (25) Spätestens am 1. Juni 2011 und danach alle fünf Jahre sollte die Kommission die Anwendung der Verordnung prüfen und gegebenenfalls erforderliche Änderungen vorschlagen.
- (26) Da die Ziele dieser Verordnung auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs und ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene zu verwirklichen sind, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.
- (27) Im Interesse einer besseren Übersicht und Verständlichkeit sollte die Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 aufgehoben und durch die vorliegende Verordnung ersetzt werden.
- (28) Gemäß Artikel 3 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands beteiligen sich das Vereinigte Königreich und Irland an der Annahme und Anwendung dieser Verordnung.
- (29) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung, die für Dänemark nicht bindend oder anwendbar ist —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Anwendungsbereich

- (1) Diese Verordnung ist in Zivil- oder Handelssachen anzuwenden, in denen ein gerichtliches oder außergerichtliches Schriftstück von einem in einen anderen Mitgliedstaat zum Zwecke der Zustellung zu übermitteln ist. Sie erfasst insbesondere nicht Steuer- und Zollsachen, verwaltungsrechtliche Angelegenheiten sowie die Haftung des Staates für Handlungen oder Unterlassungen im Rahmen der Ausübung hoheitlicher Rechte („acta iure imperii“).
- (2) Diese Verordnung findet keine Anwendung, wenn die Anschrift des Empfängers des Schriftstücks unbekannt ist.
- (3) Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Begriff „Mitgliedstaat“ alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks.

Artikel 2

Übermittlungs- und Empfangsstellen

- (1) Jeder Mitgliedstaat benennt die Amtspersonen, Behörden, oder sonstigen Personen, die für die Übermittlung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke, die in einem anderen Mitgliedstaat zuzustellen sind, zuständig sind, im Folgenden „Übermittlungsstellen“ genannt.

⁽¹⁾ Brüsseler Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckbarkeit gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 299 vom 31.12.1972, S. 32; konsolidierte Fassung im ABl. C 27 vom 26.1.1998, S. 1).

⁽²⁾ Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen.

⁽³⁾ ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1).

⁽⁴⁾ ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37. Geändert durch die Richtlinie 2006/24/EG (ABl. L 105 vom 13.4.2006, S. 54).

(2) Jeder Mitgliedstaat benennt die Amtspersonen, Behörden, oder sonstigen Personen, die für die Entgegennahme gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke aus einem anderen Mitgliedstaat zuständig sind, im Folgenden „Empfangsstellen“ genannt.

(3) Die Mitgliedstaaten können entweder eine Übermittlungsstelle und eine Empfangsstelle oder eine Stelle für beide Aufgaben benennen. Bundesstaaten, Staaten mit mehreren Rechtssystemen oder Staaten mit autonomen Gebietskörperschaften können mehrere derartige Stellen benennen. Diese Benennung ist für einen Zeitraum von fünf Jahren gültig und kann alle fünf Jahre erneuert werden.

(4) Jeder Mitgliedstaat teilt der Kommission folgende Angaben mit:

- a) die Namen und Anschriften der Empfangsstellen nach den Absätzen 2 und 3,
- b) den Bereich, für den diese örtlich zuständig sind,
- c) die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für den Empfang von Schriftstücken und
- d) die Sprachen, in denen das Formblatt in Anhang I ausgefüllt werden darf.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission jede Änderung dieser Angaben mit.

Artikel 3

Zentralstelle

Jeder Mitgliedstaat benennt eine Zentralstelle, die

- a) den Übermittlungsstellen Auskünfte erteilt;
- b) nach Lösungswegen sucht, wenn bei der Übermittlung von Schriftstücken zum Zwecke der Zustellung Schwierigkeiten auftreten;
- c) in Ausnahmefällen auf Ersuchen einer Übermittlungsstelle einen Zustellungsantrag an die zuständige Empfangsstelle weiterleitet.

Bundesstaaten, Staaten mit mehreren Rechtssystemen oder Staaten mit autonomen Gebietskörperschaften können mehrere Zentralstellen benennen.

KAPITEL II

GERICHTLICHE SCHRIFTSTÜCKE

ABSCHNITT 1

Übermittlung und Zustellung von gerichtlichen Schriftstücken

Artikel 4

Übermittlung von Schriftstücken

(1) Gerichtliche Schriftstücke sind zwischen den nach Artikel 2 benannten Stellen unmittelbar und so schnell wie möglich zu übermitteln.

(2) Die Übermittlung von Schriftstücken, Anträgen, Zeugnissen, Empfangsbestätigungen, Bescheinigungen und sonstigen Dokumenten zwischen den Übermittlungs- und Empfangsstellen kann auf jedem geeigneten Übermittlungsweg erfolgen, sofern das empfangene Dokument mit dem versandten Dokument inhaltlich genau übereinstimmt und alle darin enthaltenen Angaben mühelos lesbar sind.

(3) Dem zu übermittelnden Schriftstück ist ein Antrag beizufügen, der nach dem Formblatt in Anhang I erstellt wird. Das Formblatt ist in der Amtssprache des Empfangsmitgliedstaats oder, wenn es in diesem Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt, der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Ortes, an dem die Zustellung erfolgen soll, oder in einer sonstigen Sprache, die der Empfangsmitgliedstaat zugelassen hat, auszufüllen. Jeder Mitgliedstaat gibt die Amtssprache oder die Amtssprachen der Organe der Europäischen Union an, die er außer seiner oder seinen eigenen Amtssprache(n) für die Ausfüllung des Formblatts zulässt.

(4) Die Schriftstücke sowie alle Dokumente, die übermittelt werden, bedürfen weder der Beglaubigung noch einer anderen gleichwertigen Formalität.

(5) Wünscht die Übermittlungsstelle die Rücksendung einer Abschrift des Schriftstücks zusammen mit der Bescheinigung nach Artikel 10, so übermittelt sie das betreffende Schriftstück in zweifacher Ausfertigung.

Artikel 5

Übersetzung der Schriftstücke

(1) Der Antragsteller wird von der Übermittlungsstelle, der er das Schriftstück zum Zweck der Übermittlung übergibt, davon in Kenntnis gesetzt, dass der Empfänger die Annahme des Schriftstücks verweigern darf, wenn es nicht in einer der in Artikel 8 genannten Sprachen abgefasst ist.

(2) Der Antragsteller trägt etwaige vor der Übermittlung des Schriftstücks anfallende Übersetzungskosten unbeschadet einer etwaigen späteren Kostenentscheidung des zuständigen Gerichts oder der zuständigen Behörde.

Artikel 6

Entgegennahme der Schriftstücke durch die Empfangsstelle

(1) Nach Erhalt des Schriftstücks übersendet die Empfangsstelle der Übermittlungsstelle auf schnellstmöglichem Wege und so bald wie möglich, auf jeden Fall aber innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt des Schriftstücks, eine Empfangsbestätigung unter Verwendung des Formblatts in Anhang I.

(2) Kann der Zustellungsantrag aufgrund der übermittelten Angaben oder Dokumente nicht erledigt werden, so nimmt die Empfangsstelle auf schnellstmöglichem Wege Verbindung zu der Übermittlungsstelle auf, um die fehlenden Angaben oder Schriftstücke zu beschaffen.

(3) Fällt der Zustellungsantrag offenkundig nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung oder ist die Zustellung wegen Nichtbeachtung der erforderlichen Formvorschriften nicht möglich, sind der Zustellungsantrag und die übermittelten Schriftstücke sofort nach Erhalt unter Verwendung des Formblatts in Anhang I an die Übermittlungsstelle zurückzusenden.

(4) Eine Empfangsstelle, die ein Schriftstück erhält, für dessen Zustellung sie örtlich nicht zuständig ist, leitet dieses Schriftstück zusammen mit dem Zustellungsantrag an die örtlich zuständige Empfangsstelle in demselben Mitgliedstaat weiter, sofern der Antrag den Voraussetzungen in Artikel 4 Absatz 3 entspricht; sie setzt die Übermittlungsstelle unter Verwendung des Formblatts in Anhang I davon in Kenntnis. Die örtlich zuständige Empfangsstelle teilt der Übermittlungsstelle gemäß Absatz 1 den Eingang des Schriftstücks mit.

Artikel 7

Zustellung der Schriftstücke

(1) Die Zustellung des Schriftstücks wird von der Empfangsstelle bewirkt oder veranlasst, und zwar entweder nach dem Recht des Empfangsmitgliedstaats oder in einem von der Übermittlungsstelle gewünschten besonderen Verfahren, sofern dieses Verfahren mit dem Recht des Empfangsmitgliedstaats vereinbar ist.

(2) Die Empfangsstelle unternimmt alle erforderlichen Schritte, um die Zustellung des Schriftstücks so rasch wie möglich, in jedem Fall jedoch binnen einem Monat nach Eingang auszuführen. Konnte die Zustellung nicht binnen einem Monat nach Eingang vorgenommen werden, verfährt die Empfangsstelle wie folgt:

- a) sie teilt dies der Übermittlungsstelle unverzüglich unter Verwendung der Bescheinigung mit, die in dem Formblatt in Anhang I vorgesehen und gemäß Artikel 10 Absatz 2 auszufüllen ist, und
- b) unternimmt weiterhin, sofern die Übermittlungsstelle nichts anderes angibt, alle für die Zustellung des Schriftstücks erforderlichen Schritte, falls die Zustellung innerhalb einer angemessenen Frist möglich scheint.

Artikel 8

Verweigerung der Annahme eines Schriftstücks

(1) Die Empfangsstelle setzt den Empfänger unter Verwendung des Formblatts in Anhang II davon in Kenntnis, dass er die Annahme des zuzustellenden Schriftstücks bei der Zustellung verweigern oder das Schriftstück der Empfangsstelle binnen einer Woche zurücksenden darf, wenn das Schriftstück nicht in einer der folgenden Sprachen abgefasst oder keine Übersetzung in einer der folgenden Sprachen beigefügt ist:

a) einer Sprache, die der Empfänger versteht,

oder

b) der Amtssprache des Empfangsmitgliedstaats oder, wenn es im Empfangsmitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt, der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Ortes, an dem die Zustellung erfolgen soll.

(2) Wird der Empfangsstelle mitgeteilt, dass der Empfänger die Annahme des Schriftstücks gemäß Absatz 1 verweigert hat, so setzt sie die Übermittlungsstelle unter Verwendung der Bescheinigung nach Artikel 10 unverzüglich davon in Kenntnis und sendet den Antrag sowie die Schriftstücke, um deren Übersetzung ersucht wird, zurück.

(3) Hat der Empfänger die Annahme des Schriftstücks gemäß Absatz 1 verweigert, kann die Zustellung dadurch bewirkt werden, dass dem Empfänger im Einklang mit dieser Verordnung das Dokument zusammen mit einer Übersetzung des Schriftstücks in eine der in Absatz 1 vorgesehenen Sprachen zugestellt wird. In diesem Fall ist das Datum der Zustellung des Schriftstücks das Datum, an dem die Zustellung des Dokuments zusammen mit der Übersetzung nach dem Recht des Empfangsmitgliedstaats bewirkt wird. Muss jedoch nach dem Recht eines Mitgliedstaats ein Schriftstück innerhalb einer bestimmten Frist zugestellt werden, so ist im Verhältnis zum Antragsteller als Datum der Zustellung der nach Artikel 9 Absatz 2 ermittelte Tag maßgeblich, an dem das erste Schriftstück zugestellt worden ist.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für die Übermittlung und Zustellung gerichtlicher Schriftstücke nach Abschnitt 2.

(5) Für die Zwecke von Absatz 1 gilt Folgendes: Erfolgt die Zustellung gemäß Artikel 13 durch diplomatische oder konsularische Vertretungen bzw. gemäß Artikel 14 durch eine Behörde oder Person, so setzen die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen bzw. die zustellende Behörde oder Person den Empfänger davon in Kenntnis, dass er die Annahme des Schriftstücks verweigern darf und dass Schriftstücke, deren Annahme verweigert wurden, diesen Vertretungen bzw. dieser Behörde oder Person zu übermitteln sind.

*Artikel 9***Datum der Zustellung**

(1) Unbeschadet des Artikels 8 ist für das Datum der nach Artikel 7 erfolgten Zustellung eines Schriftstücks das Recht des Empfangsmitgliedstaats maßgeblich.

(2) Muss jedoch nach dem Recht eines Mitgliedstaats ein Schriftstück innerhalb einer bestimmten Frist zugestellt werden, so ist im Verhältnis zum Antragsteller als Datum der Zustellung der Tag maßgeblich, der sich aus dem Recht dieses Mitgliedstaats ergibt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für die Übermittlung und Zustellung gerichtlicher Schriftstücke nach Abschnitt 2.

*Artikel 10***Bescheinigung über die Zustellung und Abschrift des zugestellten Schriftstücks**

(1) Nach Erledigung der für die Zustellung des Schriftstücks vorzunehmenden Schritte wird nach dem Formblatt in Anhang I eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt, die der Übermittlungsstelle übersandt wird. Bei Anwendung von Artikel 4 Absatz 5 wird der Bescheinigung eine Abschrift des zugestellten Schriftstücks beigelegt.

(2) Die Bescheinigung ist in der Amtssprache oder in einer der Amtssprachen des Übermittlungsmitgliedstaats oder in einer sonstigen Sprache, die der Übermittlungsmitgliedstaat zugelassen hat, auszustellen. Jeder Mitgliedstaat gibt die Amtssprache oder die Amtssprachen der Organe der Europäischen Union an, die er außer seiner oder seinen eigenen Amtssprache(n) für die Ausfüllung des Formblatts zulässt.

*Artikel 11***Kosten der Zustellung**

(1) Für die Zustellung gerichtlicher Schriftstücke aus einem anderen Mitgliedstaat darf keine Zahlung oder Erstattung von Gebühren und Auslagen für die Tätigkeit des Empfangsmitgliedstaats verlangt werden.

(2) Der Antragsteller hat jedoch die Auslagen zu zahlen oder zu erstatten, die dadurch entstehen,

a) dass bei der Zustellung eine Amtsperson oder eine andere nach dem Recht des Empfangsmitgliedstaats zuständige Person mitwirkt;

b) dass ein besonderes Verfahren der Zustellung gewählt wird.

Auslagen, die dadurch entstehen, dass bei der Zustellung eine Amtsperson oder eine andere nach dem Recht des Empfangs-

mitgliedstaats zuständige Person mitwirkt, müssen einer von diesem Mitgliedstaat nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung im Voraus festgesetzten einheitlichen Festgebühr entsprechen. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die jeweiligen Festgebühren mit.

ABSCHNITT 2

Andere Arten der Übermittlung und Zustellung gerichtlicher Schriftstücke*Artikel 12***Übermittlung auf konsularischem oder diplomatischem Weg**

Jedem Mitgliedstaat steht es in Ausnahmefällen frei, den nach Artikel 2 oder Artikel 3 benannten Stellen eines anderen Mitgliedstaats gerichtliche Schriftstücke zum Zweck der Zustellung auf konsularischem oder diplomatischem Weg zu übermitteln.

*Artikel 13***Zustellung von Schriftstücken durch die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen**

(1) Jedem Mitgliedstaat steht es frei, Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, gerichtliche Schriftstücke unmittelbar durch seine diplomatischen oder konsularischen Vertretungen ohne Anwendung von Zwang zustellen zu lassen.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann nach Artikel 23 Absatz 1 mitteilen, dass er eine solche Zustellung in seinem Hoheitsgebiet nicht zulässt, außer wenn das Schriftstück einem Staatsangehörigen des Übermittlungsmitgliedstaats zuzustellen ist.

*Artikel 14***Zustellung durch Postdienste**

Jedem Mitgliedstaat steht es frei, Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, gerichtliche Schriftstücke unmittelbar durch Postdienste per Einschreiben mit Rückschein oder gleichwertigem Beleg zustellen zu lassen.

*Artikel 15***Unmittelbare Zustellung**

Jeder an einem gerichtlichen Verfahren Beteiligte kann gerichtliche Schriftstücke unmittelbar durch Amtspersonen, Beamte oder sonstige zuständige Personen des Empfangsmitgliedstaats zustellen lassen, wenn eine solche unmittelbare Zustellung nach dem Recht dieses Mitgliedstaats zulässig ist.

KAPITEL III

AUSSENGERICHTLICHE SCHRIFTSTÜCKE

Artikel 16

Übermittlung

Außergerichtliche Schriftstücke können zum Zweck der Zustellung in einem anderen Mitgliedstaat nach Maßgabe dieser Verordnung übermittelt werden.

KAPITEL IV

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 17

Durchführungsbestimmungen

Die Maßnahmen zur Änderung nicht wesentlicher Elemente dieser Verordnung wie die Aktualisierung oder technische Anpassung der Formblätter in den Anhängen I und II werden nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle gemäß Artikel 18 Absatz 2 erlassen.

Artikel 18

Ausschuss

- (1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten Artikel 5a Absätze 1 bis 4 und Artikel 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Artikel 19

Nichteinlassung des Beklagten

(1) War ein verfahrenseinleitendes Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück nach dieser Verordnung zum Zweck der Zustellung in einen anderen Mitgliedstaat zu übermitteln und hat sich der Beklagte nicht auf das Verfahren eingelassen, so hat das Gericht das Verfahren auszusetzen, bis festgestellt ist,

- a) dass das Schriftstück in einem Verfahren zugestellt worden ist, das das Recht des Empfangsmitgliedstaats für die Zustellung der in seinem Hoheitsgebiet ausgestellten Schriftstücke an dort befindliche Personen vorschreibt, oder
- b) dass das Schriftstück tatsächlich entweder dem Beklagten persönlich ausgehändigt oder nach einem anderen in dieser Verordnung vorgesehenen Verfahren in seiner Wohnung abgegeben worden ist,

und dass in jedem dieser Fälle das Schriftstück so rechtzeitig zugestellt oder ausgehändigt bzw. abgegeben worden ist, dass der Beklagte sich hätte verteidigen können.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann nach Artikel 23 Absatz 1 mitteilen, dass seine Gerichte ungeachtet des Absatzes 1 den Rechtsstreit entscheiden können, auch wenn keine Bescheinigung über die Zustellung oder die Aushändigung bzw. Abgabe eingegangen ist, sofern folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- a) Das Schriftstück ist nach einem in dieser Verordnung vorgesehenen Verfahren übermittelt worden.
- b) Seit der Absendung des Schriftstücks ist eine Frist von mindestens sechs Monaten verstrichen, die das Gericht nach den Umständen des Falles als angemessen erachtet.
- c) Trotz aller zumutbaren Schritte bei den zuständigen Behörden oder Stellen des Empfangsmitgliedstaats war eine Bescheinigung nicht zu erlangen.

(3) Unbeschadet der Absätze 1 und 2 kann das Gericht in dringenden Fällen einstweilige Maßnahmen oder Sicherungsmaßnahmen anordnen.

(4) War ein verfahrenseinleitendes Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück nach dieser Verordnung zum Zweck der Zustellung in einen anderen Mitgliedstaat zu übermitteln und ist eine Entscheidung gegen einen Beklagten ergangen, der sich nicht auf das Verfahren eingelassen hat, so kann ihm das Gericht in Bezug auf Rechtsmittelfristen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bewilligen, sofern

- a) der Beklagte ohne sein Verschulden nicht so rechtzeitig Kenntnis von dem Schriftstück erlangt hat, dass er sich hätte verteidigen können, und nicht so rechtzeitig Kenntnis von der Entscheidung erlangt hat, dass er sie hätte anfechten können, und
- b) die Verteidigung des Beklagten nicht von vornherein aussichtslos scheint.

Ein Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann nur innerhalb einer angemessenen Frist, nachdem der Beklagte von der Entscheidung Kenntnis erhalten hat, gestellt werden.

Jeder Mitgliedstaat kann nach Artikel 23 Absatz 1 erklären, dass dieser Antrag nach Ablauf einer in seiner Mitteilung anzugebenden Frist unzulässig ist; diese Frist muss jedoch mindestens ein Jahr ab Erlass der Entscheidung betragen.

(5) Absatz 4 gilt nicht für Entscheidungen, die den Personenstand betreffen.

Artikel 20

Verhältnis zu von den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften oder Vereinbarungen

(1) Die Verordnung hat in ihrem Anwendungsbereich Vorrang vor den Bestimmungen, die in den von den Mitgliedstaaten geschlossenen bilateralen oder multilateralen Übereinkünften oder Vereinbarungen enthalten sind, insbesondere vor Artikel IV des Protokolls zum Brüsseler Übereinkommen von 1968 und vor dem Haager Übereinkommen vom 15. November 1965.

(2) Die Verordnung hindert einzelne Mitgliedstaaten nicht daran, Übereinkünfte oder Vereinbarungen zur weiteren Beschleunigung oder Vereinfachung der Übermittlung von Schriftstücken beizubehalten oder zu schließen, sofern sie mit dieser Verordnung vereinbar sind.

(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission:

a) eine Abschrift der zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünfte oder Vereinbarungen nach Absatz 2 sowie Entwürfe dieser von ihnen geplanten Übereinkünfte oder Vereinbarungen

sowie

b) jede Kündigung oder Änderung dieser Übereinkünfte oder Vereinbarungen.

Artikel 21

Prozesskostenhilfe

Artikel 23 des Abkommens über den Zivilprozess vom 17. Juli 1905, Artikel 24 des Übereinkommens über den Zivilprozess vom 1. März 1954 und Artikel 13 des Abkommens über die Erleichterung des internationalen Zugangs zu den Gerichten vom 25. Oktober 1980 bleiben im Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten, die Vertragspartei dieser Übereinkünfte sind, von dieser Verordnung unberührt.

Artikel 22

Datenschutz

(1) Die Empfangsstelle darf die nach dieser Verordnung übermittelten Informationen — einschließlich personenbezogener Daten — nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Die Empfangsstelle stellt die Vertraulichkeit derartiger Informationen nach Maßgabe ihres nationalen Rechts sicher.

(3) Die Absätze 1 und 2 berühren nicht das Auskunftsrecht von Betroffenen über die Verwendung der nach dieser Verordnung übermittelten Informationen, das ihnen nach dem einschlägigen nationalen Recht zusteht.

(4) Die Richtlinien 95/46/EG und 2002/58/EG bleiben von dieser Verordnung unberührt.

Artikel 23

Mitteilung und Veröffentlichung

(1) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die Angaben nach den Artikeln 2, 3, 4, 10, 11, 13, 15 und 19 mit. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, ob nach ihrem innerstaatlichen Recht ein Dokument gemäß Artikel 8 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 2 innerhalb einer bestimmten Frist zugestellt werden muss.

(2) Die Kommission veröffentlicht die gemäß Absatz 1 mitgeteilten Angaben im *Amtsblatt der Europäischen Union*, mit Ausnahme der Anschriften und sonstigen Kontaktdaten der Stellen und der Zentralstellen und ihrer geografischen Zuständigkeitsgebiete.

(3) Die Kommission sorgt für die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung eines Handbuchs, das die Angaben nach Absatz 1 enthält und in elektronischer Form bereitgestellt wird, insbesondere über das Europäische Justizielle Netz für Zivil- und Handelssachen.

Artikel 24

Überprüfung

Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens am 1. Juni 2011 und danach alle fünf Jahre einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung vor, wobei sie insbesondere auf die Effizienz der nach Artikel 2 bezeichneten Stellen und die praktische Anwendung des Artikels 3 Buchstabe c und des Artikels 9 achtet. Diesem Bericht werden erforderlichenfalls Vorschläge zur Anpassung dieser Verordnung an die Entwicklung der Zustellungssysteme beigefügt.

Artikel 25

Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000

(1) Die Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 wird mit Beginn der Geltung dieser Verordnung aufgehoben.

(2) Jede Bezugnahme auf die aufgehobene Verordnung gilt als Bezugnahme auf die vorliegende Verordnung nach Maßgabe der Entsprechungstabelle in Anhang III.

Artikel 26

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem ... (*) mit Ausnahme des Artikels 23, der ab dem ... (**) gilt.

(*) Zwölf Monate nach Annahme dieser Verordnung.

(**) Neun Monate nach Annahme dieser Verordnung.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Geschehen zu ... am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments

Der Präsident

...

Im Namen des Rates

Der Präsident

...

—

ANHANG I

ANTRAG AUF ZUSTELLUNG VON SCHRIFTSTÜCKEN

(Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten)

Referenznummer: ...

1. ÜBERMITTLUNGSSTELLE

- 1.1. Name/Bezeichnung:
- 1.2. Anschrift:
- 1.2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:
- 1.2.2. PLZ und Ort:
- 1.2.3. Staat:
- 1.3. Tel:
- 1.4. Fax (*):
- 1.5. E-Mail (*):

2. EMPFANGSSTELLE

- 2.1. Name/Bezeichnung:
- 2.2. Anschrift:
- 2.2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:
- 2.2.2. PLZ und Ort:
- 2.2.3. Staat:
- 2.3. Tel:
- 2.4. Fax (*):
- 2.5. E-Mail (*):

3. ANTRAGSTELLER

- 3.1. Name/Bezeichnung:
- 3.2. Anschrift:
- 3.2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:
- 3.2.2. PLZ und Ort:
- 3.2.3. Staat:

(*) Angabe freigestellt.

- 3.3. Tel (*):
- 3.4. Fax (*):
- 3.5. E-Mail (*):

4. EMPFÄNGER

- 4.1. Name/Bezeichnung:
- 4.2. Anschrift:
- 4.2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:
- 4.2.2. PLZ und Ort:
- 4.2.3. Staat:
- 4.3. Tel (*):
- 4.4. Fax (*):
- 4.5. E-Mail (*):
- 4.6. Personenkennziffer oder Sozialversicherungsnummer oder gleichwertige Kennnummer/Kennnummer des Unternehmens oder gleichwertige Kennnummer (*):

5. VERFAHREN DER ZUSTELLUNG

- 5.1. Gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsmitgliedstaats
- 5.2. Gemäß folgendem besonderen Verfahren:
- 5.2.1. Falls dieses Verfahren der Zustellung mit dem Recht des Empfangsmitgliedstaats unvereinbar ist, soll die Zustellung nach seinem Recht erfolgen:
- 5.2.1.1. Ja
- 5.2.1.2. Nein

6. ZUZUSTELLENDENDES SCHRIFTSTÜCK

- 6.1. Art des Schriftstücks
- 6.1.1. gerichtlich
- 6.1.1.1. schriftliche Vorladung
- 6.1.1.2. Urteil
- 6.1.1.3. Rechtsmittel
- 6.1.1.4. sonstiger Art
- 6.1.2. außergerichtlich
- 6.2. Datum oder Frist, nach dem/der die Zustellung nicht mehr erforderlich ist (*):
 (Tag) (Monat) (Jahr)

(*) Angabe freigestellt.

- 6.3. Sprache des Schriftstücks:
- 6.3.1. Original (BG, ES, CS, DE, ET, EL, EN, FR, GA, IT, LV, LT, HU, MT, NL, PL, PT, RO, SK, SL, FI, SV, sonstige Sprache):
- 6.3.2. Übersetzung (*) (BG, ES, CS, DE, ET, EL, EN, FR, GA, IT, LV, LT, HU, MT, NL, PL, PT, RO, SK, SL, FI, SV, sonstige Sprache):
- 6.4. Anzahl der Anlagen:

7. RÜCKSENDUNG EINER ABSCHRIFT DES SCHRIFTSTÜCKS ZUSAMMEN MIT DER BESCHEINIGUNG ÜBER DIE ZUSTELLUNG (Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. .../2007)

- 7.1. Ja (in diesem Fall ist das zuzustellende Schriftstück zweifach zu übersenden)
- 7.2. Nein

1. Nach Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 müssen alle für die Zustellung erforderlichen Schritte so bald wie möglich, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Schriftstücks erfolgen. Ist es nicht möglich gewesen, die Zustellung innerhalb eines Monats nach Eingang vorzunehmen, so muss dies der Übermittlungsstelle durch Angabe in Nummer 13 der Bescheinigung über die Zustellung bzw. Nichtzustellung von Schriftstücken mitgeteilt werden.

2. Kann der Antrag anhand der übermittelten Informationen oder Dokumente nicht erledigt werden, so müssen Sie nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 auf schnellstmöglichem Weg Verbindung zu der Übermittlungsstelle aufnehmen, um die fehlenden Angaben oder Schriftstücke zu beschaffen.

Geschehen zu:

am:

Unterschrift und/oder Stempel:

Referenznummer der Übermittlungsstelle:

Referenznummer der Empfangsstelle:

EMPFANGSBESTÄTIGUNG

(Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten)

Diese Bestätigung ist auf schnellstmöglichem Weg und so bald wie möglich, in jedem Fall aber innerhalb von sieben Tagen nach Eingang des Schriftstücks zu übermitteln.

8. TAG DES EINGANGS

Geschehen zu:

am:

Unterschrift und/oder Stempel:

Referenznummer der Übermittlungsstelle:

Referenznummer der Empfangsstelle:

(*) Angabe freigestellt.

BENACHRICHTIGUNG ÜBER DIE RÜCKSENDUNG DES ANTRAGS UND DES SCHRIFTSTÜCKS

(Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten)

Der Antrag und das Schriftstück sind sofort nach Eingang zurückzuschicken.

9. GRUND FÜR DIE RÜCKSENDUNG

9.1. Der Antrag fällt offensichtlich nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung:

9.1.1. Das Schriftstück betrifft nicht Zivil- oder Handelssachen

9.1.2. Die Zustellung erfolgt nicht von einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat

9.2. Aufgrund der Nichtbeachtung der erforderlichen formellen Voraussetzungen ist die Zustellung nicht möglich:

9.2.1. Das Schriftstück ist nicht mühelos lesbar

9.2.2. Die zur Ausfüllung des Formblatts verwendete Sprache ist unzulässig

9.2.3. Das empfangene Schriftstück stimmt mit dem versandten Schriftstück inhaltlich nicht genau überein

9.2.4. Sonstiges (genaue Angaben):
.....

9.3. Das Verfahren der Zustellung ist mit dem Recht des Empfangsmitgliedstaats nicht vereinbar (Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. .../2007)

Geschehen zu:

am:

Unterschrift und/oder Stempel:

Referenznummer der Übermittlungsstelle:

Referenznummer der Empfangsstelle:

BENACHRICHTIGUNG ÜBER DIE WEITERLEITUNG DES ANTRAGS UND DES SCHRIFTSTÜCKS AN DIE ZUSTÄNDIGE EMPFANGSSTELLE

(Artikel 6 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten)

Der Antrag und das Schriftstück wurden an die folgende, örtlich zuständige Empfangsstelle weitergeleitet:

10. ZUSTÄNDIGE EMPFANGSSTELLE

10.1. Name/Bezeichnung:

10.2. Anschrift:

- 10.2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:
- 10.2.2. PLZ und Ort:
- 10.2.3. Staat:
- 10.3. Tel:
- 10.4. Fax (*):
- 10.5. E-Mail (*):

Geschehen zu:

am:

Unterschrift und/oder Stempel:

Referenznummer der Übermittlungsstelle:

Referenznummer der zuständigen Empfangsstelle:

EMPFANGSMITTEILUNG DER ÖRTLICH ZUSTÄNDIGEN EMPFANGSSTELLE AN DIE ÜBERMITTLUNGSSTELLE

(Artikel 6 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten)

Diese Mitteilung ist auf schnellstmöglichem Weg und so bald wie möglich, in jedem Fall aber innerhalb von sieben Tagen nach Eingang des Schriftstücks zu übermitteln.

11. TAG DES EINGANGS

Geschehen zu:

am:

Unterschrift und/oder Stempel:

Referenznummer der Übermittlungsstelle:

Referenznummer der Empfangsstelle:

BESCHEINIGUNG ÜBER DIE ZUSTELLUNG BZW. NICHTZUSTELLUNG VON SCHRIFTSTÜCKEN

(Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten)

Die Schriftstücke werden so rasch wie möglich zugestellt. Konnte die Zustellung nicht binnen einem Monat nach Eingang vorgenommen werden, teilt die Empfangsstelle dies der Übermittlungsstelle mit (gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. .../2007.)

(*) Angabe freigestellt.

12. DURCHFÜHRUNG DER ZUSTELLUNG

12.1. Tag und Ort der Zustellung:

12.2. Das Dokument wurde:

12.2.1. gemäß dem Recht des Empfangsmitgliedstaats zugestellt, und zwar:

12.2.1.1. übergeben:

12.2.1.1.1. dem Empfänger persönlich

12.2.1.1.2. einer anderen Person:

12.2.1.1.2.1. Name:

12.2.1.1.2.2. Anschrift:

12.2.1.1.2.2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:

12.2.1.1.2.2.2. PLZ und Ort:

12.2.1.1.2.2.3. Staat:

12.2.1.1.2.3. Beziehung zum Empfänger:

Familienangehöriger	Angestellter	Sonstiges
---------------------	--------------	-----------

12.2.1.1.3. am Wohnsitz des Empfängers

12.2.1.2. auf dem Postweg zustellt:

12.2.1.2.1. ohne Empfangsbestätigung

12.2.1.2.2. mit der beigefügten Empfangsbestätigung:

12.2.1.2.2.1. des Empfängers

12.2.1.2.2.2. einer anderen Person:

12.2.1.2.2.2.1. Name:

12.2.1.2.2.2.2. Anschrift:

12.2.1.2.2.2.2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:

12.2.1.2.2.2.2.2. PLZ und Ort:

12.2.1.2.2.2.2.3. Staat:

12.2.1.2.2.2.3. Beziehung zum Empfänger:

Familienangehöriger	Angestellter	Sonstiges
---------------------	--------------	-----------

12.2.1.3. in anderer Art und Weise zugestellt (bitte genaue Angabe):

12.2.2. in folgender besonderer Art und Weise zugestellt (bitte genaue Angabe):

12.3. Der Empfänger des Schriftstücks wurde schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, dass er die Entgegennahme des Schriftstücks verweigern kann, wenn es weder in einer Sprache, die er versteht, noch in einer Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Zustellungsortes abgefasst ist oder wenn dem Schriftstück keine Übersetzung in einer dieser Sprachen beigefügt ist.

13. MITTEILUNG GEMÄSS ARTIKEL 7 ABSATZ 2 DER VERORDNUNG (EG) Nr. .../2007

Die Zustellung konnte nicht binnen einem Monat nach Eingang des Schriftstücks vorgenommen werden.

14. VERWEIGERUNG DER ANNAHME

Der Empfänger verweigerte die Annahme des Schriftstücks aufgrund der verwendeten Sprache. Das Schriftstück ist dieser Bescheinigung beigefügt.

15. GRUND FÜR DIE NICHTZUSTELLUNG DES SCHRIFTSTÜCKS

- 15.1. Wohnsitz nicht bekannt
- 15.2. Empfänger unbekannt
- 15.3. Das Schriftstück konnte nicht vor dem Datum bzw. innerhalb der Frist nach Nummer 6.2 zugestellt werden.
- 15.4. Sonstiges (bitte angeben):

Das Schriftstück ist dieser Bescheinigung beigefügt.

Geschehen zu:

am:

Unterschrift und/oder Stempel:

ANHANG II

BELEHRUNG DES EMPFÄNGERS ÜBER SEIN ANNAHMEVERWEIGERUNGSRECHT

(Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten)

BG:

Приложеният документ се връчва в съответствие с Регламент (ЕО) № .../2007 на Европейския парламент и на Съвета относно връчването в държавите-членки на съдебни и извънсъдебни документи по граждански или търговски дела.

Можете да откажете да приемете документа, ако не е написан или придружен от превод на някой от езиците, които разбирате, на официалния език или на един от официалните езици на мястото на връчването.

Ако желаете да упражните това си право, трябва да откажете да приемете документа по време на самото връчване направо на връчващото документа лице или да го върнете в едноседмичен срок на посочения по-долу адрес, като заявите, че отказвате да го приемете.

АДРЕС

1. Име:
2. Адрес:
 - 2.1. Улица и номер/пощенска кутия:
 - 2.2. Населено място и пощенски код:
 - 2.3. Държава:
3. Тел.:
4. Факс (*):
5. Адрес на електронна поща (*):

ДЕКЛАРАЦИЯ НА АДРЕСАТА:

Отказвам да приема приложения документ, защото не е написан или придружен от превод на някой от езиците, които разбирам, на официалния език или на един от официалните езици на мястото на връчването.

Разбирам следния(те) език(ци):

английски	<input type="checkbox"/>	нидерландски	<input type="checkbox"/>
български	<input type="checkbox"/>	полски	<input type="checkbox"/>
гръцки	<input type="checkbox"/>	португалски	<input type="checkbox"/>
естонски	<input type="checkbox"/>	румънски	<input type="checkbox"/>
ирландски	<input type="checkbox"/>	словашки	<input type="checkbox"/>
испански	<input type="checkbox"/>	словенски	<input type="checkbox"/>
италиански	<input type="checkbox"/>	унгарски	<input type="checkbox"/>
латвийски	<input type="checkbox"/>	фински	<input type="checkbox"/>
литовски	<input type="checkbox"/>	френски	<input type="checkbox"/>
малтийски	<input type="checkbox"/>	чешки	<input type="checkbox"/>
немски	<input type="checkbox"/>	шведски	<input type="checkbox"/>
Друг	<input type="checkbox"/>	(моля пояснете):	

Съставено в:

Дата:

Подпис и/или печат:

(*) Тази информация не е задължителна.

ES:

El documento adjunto se notifica o traslada de conformidad con el Reglamento (CE) n° .../2007 del Parlamento Europeo y del Consejo, relativo a la notificación y al traslado en los Estados miembros de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o mercantil.

Puede usted negarse a aceptar el documento si no está redactado en una lengua que usted entienda o en una lengua oficial o una de las lenguas oficiales del lugar de notificación o traslado, o si no va acompañado de una traducción a alguna de esas lenguas.

Si desea usted ejercitar este derecho, debe negarse a aceptar el documento en el momento de la notificación o traslado directamente ante la persona que notifique o traslade el documento o devolverlo a la dirección que se indica a continuación dentro del plazo de una semana, declarando que se niega a aceptarlo.

DIRECCIÓN

1. Nombre:
2. Dirección:
 - 2.1. Calle y número/Apartado de correos:
 - 2.2. Lugar y código postal:
 - 2.3. País:
3. Tel.:
4. Fax (*):
5. Dirección electrónica (*):

DECLARACIÓN DEL DESTINATARIO:

Me niego a aceptar el documento adjunto porque no está redactado en una lengua que yo entienda o en la lengua oficial o una de las lenguas oficiales del lugar de notificación o traslado, o por no ir acompañado de una traducción a alguna de esas lenguas.

Las lenguas que entiendo son las siguientes:

búlgaro	<input type="checkbox"/>	lituano	<input type="checkbox"/>
español	<input type="checkbox"/>	húngaro	<input type="checkbox"/>
checo	<input type="checkbox"/>	maltés	<input type="checkbox"/>
alemán	<input type="checkbox"/>	neerlandés	<input type="checkbox"/>
estonio	<input type="checkbox"/>	polaco	<input type="checkbox"/>
griego	<input type="checkbox"/>	portugués	<input type="checkbox"/>
inglés	<input type="checkbox"/>	rumano	<input type="checkbox"/>
francés	<input type="checkbox"/>	eslovaco	<input type="checkbox"/>
irlandés	<input type="checkbox"/>	esloveno	<input type="checkbox"/>
italiano	<input type="checkbox"/>	finés	<input type="checkbox"/>
letón	<input type="checkbox"/>	sueco	<input type="checkbox"/>
Otra	<input type="checkbox"/>	(se ruega precisar):	

Hecho en:

Fecha:

Firma y/o sello:

CS:

Příložená písemnost je doručována v souladu s nařízením Evropského parlamentu a Rady (ES) č. .../2007 o doručování soudních a mimosoudních písemností ve věcech občanských a obchodních v členských státech.

Můžete odmítnout přijetí písemnosti, není-li vyhotovena v jazyce, kterému rozumíte, nebo v úředním jazyce nebo v jednom z úředních jazyků místa doručení nebo k ní není přiložen překlad do jednoho z těchto jazyků.

Přejete-li si využít tohoto práva, musíte odmítnout přijetí písemnosti v okamžiku doručení přímo osobě, která písemnost doručuje, nebo písemnost zaslat zpět na níže uvedenou adresu ve lhůtě jednoho týdne s prohlášením, že tuto písemnost odmítáte převzít.

ADRESA

1. Jméno:
2. Adresa:
 - 2.1. Ulice a číslo/poštovní příhrádka:
 - 2.2. Místo a poštovní směrovací číslo:
 - 2.3. Země:
3. Tel.:
4. Fax (*):
5. E-mail (*):

PROHLÁŠENÍ ADRESÁTA:

Odmítám přijetí připojené písemnosti, neboť není vyhotovena v jazyce, kterému rozumím, nebo v úředním jazyce nebo v jednom z úředních jazyků místa doručení, ani k ní není přiložen překlad do jednoho z těchto jazyků.

Rozumím tomuto jazyku (těmto jazykům):

- | | | | |
|---------------|--------------------------|-------------------------|--------------------------|
| bulharština | <input type="checkbox"/> | litevština | <input type="checkbox"/> |
| španělština | <input type="checkbox"/> | maďarština | <input type="checkbox"/> |
| čeština | <input type="checkbox"/> | maltština | <input type="checkbox"/> |
| němčina | <input type="checkbox"/> | nizozemština | <input type="checkbox"/> |
| estonština | <input type="checkbox"/> | poština | <input type="checkbox"/> |
| řečtina | <input type="checkbox"/> | portugalština | <input type="checkbox"/> |
| angličtina | <input type="checkbox"/> | rumunština | <input type="checkbox"/> |
| francouzština | <input type="checkbox"/> | slovenština | <input type="checkbox"/> |
| irština | <input type="checkbox"/> | slovinština | <input type="checkbox"/> |
| italština | <input type="checkbox"/> | finština | <input type="checkbox"/> |
| lotyština | <input type="checkbox"/> | švédština | <input type="checkbox"/> |
| ostatní | <input type="checkbox"/> | prosím upřesněte: | |

Vyhotoveno v:

Dne:

Podpis nebo razítko:

(*) Tato položka je volitelná.

DE:

Die Zustellung des beigefügten Schriftstücks erfolgt im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. .../2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten.

Sie können die Annahme dieses Schriftstücks verweigern, wenn es weder in einer Sprache, die Sie verstehen, noch in einer Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Zustellungsortes abgefasst ist, oder wenn ihm keine Übersetzung in einer dieser Sprachen beigefügt ist.

Wenn Sie von Ihrem Annahmeverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen, müssen Sie dies entweder sofort bei der Zustellung gegenüber der das Schriftstück zustellenden Person erklären oder das Schriftstück binnen einer Woche nach der Zustellung an die nachstehende Anschrift mit der Angabe zurücksenden, dass Sie die Annahme verweigern.

ANSCHRIFT

1. Name/Bezeichnung:
2. Anschrift:
 - 2.1. Straße und Hausnummer/Postfach:
 - 2.2. PLZ und Ort:
 - 2.3. Staat:
3. Tel.:
4. Fax (*):
5. E-Mail (*):

ERKLÄRUNG DES EMPFÄNGERS:

Ich verweigere die Annahme des beigefügten Schriftstücks, da es entweder nicht in einer Sprache, die ich verstehe, oder nicht in einer Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Zustellungsortes abgefasst ist oder da dem Schriftstück keine Übersetzung in einer dieser Sprachen beigefügt ist.

Ich verstehe die folgende(n) Sprache(n):

- | | | | |
|-------------|--------------------------|----------------------|--------------------------|
| Bulgarisch | <input type="checkbox"/> | Litauisch | <input type="checkbox"/> |
| Spanisch | <input type="checkbox"/> | Ungarisch | <input type="checkbox"/> |
| Tschechisch | <input type="checkbox"/> | Maltesisch | <input type="checkbox"/> |
| Deutsch | <input type="checkbox"/> | Niederländisch | <input type="checkbox"/> |
| Estrnisch | <input type="checkbox"/> | Polnisch | <input type="checkbox"/> |
| Griechisch | <input type="checkbox"/> | Portugiesisch | <input type="checkbox"/> |
| Englisch | <input type="checkbox"/> | Rumänisch | <input type="checkbox"/> |
| Französisch | <input type="checkbox"/> | Slowakisch | <input type="checkbox"/> |
| Irish | <input type="checkbox"/> | Slowenisch | <input type="checkbox"/> |
| Italienisch | <input type="checkbox"/> | Finnisch | <input type="checkbox"/> |
| Lettisch | <input type="checkbox"/> | Schwedisch | <input type="checkbox"/> |
| sonstige | <input type="checkbox"/> | bitte angeben: | |

Geschehen zu:

am:

Unterschrift und/oder Stempel:

(*) Angabe freigestellt.

ET:

Lisatud dokument toimetatakse kätte vastavalt Euroopa Parlamendi ja nõukogu määrusele (EÜ) nr .../2007 kohtu- ja kohtuväliste dokumentide Euroopa Liidu liikmesriikides kättetoimetamise kohta tsiviil- ja kaubandusajades.

Te võite keelduda dokumenti vastu võtmast, kui see ei ole koostatud Teile arusaadavas keeles või kättetoimetamiskoha ametlikus keeles või ühes ametlikest keeltest või kui dokumendile ei ole lisatud tõlget ühte nimetatud keeltest.

Kui Te soovite nimetatud õigust kasutada, peate keelduma dokumendi vastuvõtmisest vahetult selle kättetoimetamise ajal, tagastades dokumendi seda kättetoimetavale isikule, või tagastama dokumendi allpool esitatud aadressile ühe nädala jooksul, märkides, et Te keeldute selle vastuvõtmisest.

ADDRESS

1. Nimi:
2. Aadress:
 - 2.1. Tänav ja maja number/postkast:
 - 2.2. Linn/vald ja sihtnumber:
 - 2.3. Riik:
3. Tel.:
4. Faks (*):
5. E-post (*):

ADRESSAADI AVALDUS:

Keeldun lisatud dokumendi vastuvõtmisest, kuna see ei ole kirjutatud ei mulle arusaadavas keeles ega kättetoimetamiskoha ametlikus keeles või ühes ametlikest keeltest ning dokumendile ei ole lisatud tõlget ühte nimetatud keeltest.

Saan aru järgmis(t)est keel(t)est:

bulgaaria	<input type="checkbox"/>	leedu	<input type="checkbox"/>
hispaania	<input type="checkbox"/>	ungari	<input type="checkbox"/>
tšehhi	<input type="checkbox"/>	malta	<input type="checkbox"/>
saksa	<input type="checkbox"/>	hollandi	<input type="checkbox"/>
eesti	<input type="checkbox"/>	poola	<input type="checkbox"/>
kreeka	<input type="checkbox"/>	portugali	<input type="checkbox"/>
inglise	<input type="checkbox"/>	rumeenia	<input type="checkbox"/>
prantsuse	<input type="checkbox"/>	slovaki	<input type="checkbox"/>
iiri	<input type="checkbox"/>	sloveenia	<input type="checkbox"/>
itaalia	<input type="checkbox"/>	soome	<input type="checkbox"/>
läti	<input type="checkbox"/>	rootsi	<input type="checkbox"/>
muu	<input type="checkbox"/>	(palun täpsustada):	

Koht:

Kuupäev:

Allkiri ja/või pits:

(*) Ei ole kohustuslik.

EL:

Το συνημμένο έγγραφο σας επιδίδεται ή κοινοποιείται σύμφωνα με τον κανονισμό (ΕΚ) αριθ. .../2007 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου περί επιδόσεως και κοινοποίησης στα κράτη μέλη δικαστικών και εξωδικών πράξεων σε αστικές ή εμπορικές υποθέσεις.

Έχετε δικαίωμα να αρνηθείτε την παραλαβή της πράξης εφόσον δεν είναι συνταγμένη ή δεν συνοδεύεται από μετάφραση σε γλώσσα την οποία κατανοείτε ή στην επίσημη γλώσσα ή σε μία από τις επίσημες γλώσσες του τόπου επίδοσης ή κοινοποίησης.

Εάν επιθυμείτε να ασκήσετε αυτό το δικαίωμα, πρέπει είτε να δηλώσετε την άρνηση παραλαβής κατά τη χρονική στιγμή της επίδοσης ή κοινοποίησης απευθείας στο πρόσωπο που επιδίδει ή κοινοποιεί την πράξη, είτε να την επιστρέψετε εντός μιας εβδομάδας στη διεύθυνση που αναφέρεται κατωτέρω, δηλώνοντας ότι αρνείστε την παραλαβή της.

ΔΙΕΥΘΥΝΣΗ

1. Όνομα:
2. Διεύθυνση:
 - 2.1. Οδός και αριθμός/Ταχυδρομική θυρίδα:
 - 2.2. Τόπος και ταχυδρομικός τομέας:
 - 2.3. Χώρα:
3. Τηλέφωνο:
4. Φαξ (*):
5. Ηλεκτρονικό ταχυδρομείο (*):

ΔΗΛΩΣΗ ΤΟΥ ΠΑΡΑΛΗΠΤΗ:

Αρνούμαι να παραλάβω την πράξη διότι δεν είναι συνταγμένη ή δεν συνοδεύεται από μετάφραση σε γλώσσα την οποία κατανοώ ή στην επίσημη γλώσσα ή σε μια από τις επίσημες γλώσσες του τόπου επίδοσης ή κοινοποίησης.

Κατανοώ την ακόλουθη(-ες) γλώσσα(-ες):

Βουλγαρικά	<input type="checkbox"/>	Λεττονικά	<input type="checkbox"/>
Ισπανικά	<input type="checkbox"/>	Λιθουανικά	<input type="checkbox"/>
Τσεχικά	<input type="checkbox"/>	Ουγγρικά	<input type="checkbox"/>
Γερμανικά	<input type="checkbox"/>	Μαλτέζικα	<input type="checkbox"/>
Εσθονικά	<input type="checkbox"/>	Ολλανδικά	<input type="checkbox"/>
Ελληνικά	<input type="checkbox"/>	Πολωνικά	<input type="checkbox"/>
Αγγλικά	<input type="checkbox"/>	Πορτογαλικά	<input type="checkbox"/>
Γαλλικά	<input type="checkbox"/>	Ρουμανικά	<input type="checkbox"/>
Ιρλανδικά	<input type="checkbox"/>	Σλοβακικά	<input type="checkbox"/>
Ιταλικά	<input type="checkbox"/>	Σλοβενικά	<input type="checkbox"/>
Φινλανδικά	<input type="checkbox"/>	Σουηδικά	<input type="checkbox"/>
Άλλες	<input type="checkbox"/>	Παρακαλώ προσδιορίστε:	

Τόπος:

Ημερομηνία:

Υπογραφή ή/και σφραγίδα:

(*) Προαιρετικά.

EN:

The enclosed document is served in accordance with Regulation (EC) No .../2007 of the European Parliament and of the Council on the service in the Member States of judicial and extrajudicial documents in civil or commercial matters.

You may refuse to accept the document if it is not written in or accompanied by a translation into either a language which you understand or the official language or one of the official languages of the place of service.

If you wish to exercise this right, you must refuse to accept the document at the time of service directly with the person serving the document or return it to the address indicated below within one week stating that you refuse to accept it.

ADDRESS

- 1. Identity:
- 2. Address:
 - 2.1. Street and number/PO Box:
 - 2.2. Place and post code:
 - 2.3. Country:
- 3. Tel.:
- 4. Fax (*):
- 5. E-mail (*):

DECLARATION OF THE ADDRESSEE:

I refuse to accept the document attached hereto because it is not written in or accompanied by a translation into either a language which I understand or the official language or one of the official languages of the place of service.

I understand the following language(s):

- | | | | |
|-----------|--------------------------|-------------------------|--------------------------|
| Bulgarian | <input type="checkbox"/> | Lithuanian | <input type="checkbox"/> |
| Spanish | <input type="checkbox"/> | Hungarian | <input type="checkbox"/> |
| Czech | <input type="checkbox"/> | Maltese | <input type="checkbox"/> |
| German | <input type="checkbox"/> | Dutch | <input type="checkbox"/> |
| Estonian | <input type="checkbox"/> | Polish | <input type="checkbox"/> |
| Greek | <input type="checkbox"/> | Portuguese | <input type="checkbox"/> |
| English | <input type="checkbox"/> | Romanian | <input type="checkbox"/> |
| French | <input type="checkbox"/> | Slovak | <input type="checkbox"/> |
| Irish | <input type="checkbox"/> | Slovene | <input type="checkbox"/> |
| Italian | <input type="checkbox"/> | Finnish | <input type="checkbox"/> |
| Latvian | <input type="checkbox"/> | Swedish | <input type="checkbox"/> |
| Other | <input type="checkbox"/> | (please specify): | |

Done at:

Date:

Signature and/or stamp:

(*) This item is optional.

FR:

L'acte ci-joint est signifié ou notifié conformément au règlement (CE) n° .../2007 du Parlement européen et du Conseil relatif à la signification et à la notification dans les États membres des actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile ou commerciale.

Vous pouvez refuser de recevoir l'acte s'il n'est pas rédigé ou accompagné d'une traduction dans une langue que vous comprenez ou dans la langue officielle ou l'une des langues officielles du lieu de signification ou de notification.

Si vous souhaitez exercer ce droit de refus, vous devez soit faire part de votre refus de recevoir l'acte au moment de la signification ou de la notification directement à la personne signifiant ou notifiant l'acte, soit le renvoyer à l'adresse indiquée ci-dessous dans un délai d'une semaine en indiquant que vous refusez de le recevoir.

ADRESSE

1. Nom:
2. Adresse:
- 2.1. Numéro/boîte postale et rue:
- 2.2. Localité et code postal:
- 2.3. Pays:
3. Téléphone:
4. Télécopieur (*):
5. Adresse électronique (*):

DÉCLARATION DU DESTINATAIRE:

Je, soussigné, refuse de recevoir l'acte ci-joint parce qu'il n'est pas rédigé ou accompagné d'une traduction dans une langue que je comprends ou dans la langue officielle ou l'une des langues officielles du lieu de signification ou de notification.

Je comprends la ou les langues suivantes:

- | | | | |
|-----------|--------------------------|-------------------|--------------------------|
| Bulgare | <input type="checkbox"/> | Lituanien | <input type="checkbox"/> |
| Espagnol | <input type="checkbox"/> | Hongrois | <input type="checkbox"/> |
| Tchèque | <input type="checkbox"/> | Maltais | <input type="checkbox"/> |
| Allemand | <input type="checkbox"/> | Néerlandais | <input type="checkbox"/> |
| Estonien | <input type="checkbox"/> | Polonais | <input type="checkbox"/> |
| Grec | <input type="checkbox"/> | Portugais | <input type="checkbox"/> |
| Anglais | <input type="checkbox"/> | Roumain | <input type="checkbox"/> |
| Français | <input type="checkbox"/> | Slovaque | <input type="checkbox"/> |
| Irlandais | <input type="checkbox"/> | Slovène | <input type="checkbox"/> |
| Italien | <input type="checkbox"/> | Finnois | <input type="checkbox"/> |
| Letton | <input type="checkbox"/> | Suédois | <input type="checkbox"/> |
| Autre | <input type="checkbox"/> | (préciser): | |

Fait à:

Date:

Signature et/ou cachet:

GA:

Tá an doiciméad atá faoi iamh á sheirbheáil i gcomhréir le Rialachán (CE) Uimh. .../2007 ó Pharlaimint na hEorpa agus ón gComhairle maidir le doiciméid bhreithiúnacha agus sheachbhreithiúnacha a sheirbheáil sna Ballstáit in ábhair shibhialta nó tráchtála.

Féadfaidh tú diúltú glacadh leis an doiciméad mura mbeidh sé scríofa i dteanga a thuigeann tú nó i dteanga oifigiúil nó i gceann de theangacha oifigiúla áit na seirbheála nó mura mbeidh aistriúchán go teanga a thuigeann tú nó go teanga oifigiúil áit na seirbheála nó go ceann de theangacha oifigiúla áit na seirbheála ag gabháil leis.

Más mian leat an ceart seo a fheidhmiú, ní mór duit diúltú glacadh leis an doiciméad as lámh tráth na seirbheála ón duine a sheirbheálann é, sin nó é a chur ar ais laistigh de sheachtain chuig an seoladh a shonraítear thíos, mar aon le ráiteas go bhfuil tú ag diúltú glacadh leis.

SEOLADH

1. Ainm:
2. Seoladh:
 - 2.1. Sráid agus uimhir/bosca poist:
 - 2.2. Áit agus cód poist:
 - 2.3. Tír:
3. Teil:
4. Facs (*):
5. Seoladh r-phoist (*):

DEARBHÚ ÓN SEOLAÍ:

Diúltaím glacadh leis an doiciméad atá faoi cheangal leis seo de bharr nach bhfuil sé scríofa i dteanga a thuigim nó i dteanga oifigiúil nó i gceann de theangacha oifigiúla áit na seirbheála agus nach bhfuil aistriúchán go teanga a thuigim nó go teanga oifigiúil áit na seirbheála nó go ceann de theangacha oifigiúla áit na seirbheála ag gabháil leis.

Tuigim an teanga/na teangacha a leanas:

Bulgáiris	<input type="checkbox"/>	Liotuáinis	<input type="checkbox"/>
Spáinnis	<input type="checkbox"/>	Ungáiris	<input type="checkbox"/>
Seicis	<input type="checkbox"/>	Máltais	<input type="checkbox"/>
Gearmáinis	<input type="checkbox"/>	Ollainnis	<input type="checkbox"/>
Eastóinis	<input type="checkbox"/>	Polainnis	<input type="checkbox"/>
Gréigis	<input type="checkbox"/>	Portaingéilis	<input type="checkbox"/>
Béarla	<input type="checkbox"/>	Rómáinis	<input type="checkbox"/>
Fraincis	<input type="checkbox"/>	Slóvaicis	<input type="checkbox"/>
Gaeilge	<input type="checkbox"/>	Slóivéinis	<input type="checkbox"/>
Iodáilis	<input type="checkbox"/>	Fionlainnis	<input type="checkbox"/>
Laitvis	<input type="checkbox"/>	Sualainnis	<input type="checkbox"/>
Teanga eile	<input type="checkbox"/>	(sonraigh an teanga, le do thoil):	

Arna dhéanamh i/sa:

Dáta:

Síniú agus/nó stampa:

(*) Tá an sonra seo roghnach.

IT:

L'atto accluso è notificato o comunicato in conformità del regolamento (CE) n. .../2007 del Parlamento europeo e del Consiglio relativo alla notificazione e alla comunicazione negli Stati membri degli atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile e commerciale.

È prevista la facoltà di rifiutare di ricevere l'atto se non è redatto o accompagnato da una traduzione in una lingua compresa dal destinatario oppure nella lingua ufficiale o in una delle lingue ufficiali del luogo di notificazione o di comunicazione.

Chi vuole avvalersi di tale diritto può dichiarare il proprio rifiuto al momento della notificazione o della comunicazione direttamente al soggetto che la effettua, oppure può rispedire l'atto entro una settimana all'indirizzo sottoindicato, dichiarando il proprio rifiuto di riceverlo.

INDIRIZZO

1. Nome:
2. Indirizzo:
 - 2.1. Via, numero/casella postale:
 - 2.2. Luogo, codice postale:
 - 2.3. Paese:
3. Tel.:
4. Fax (*):
5. E-mail (*):

DICHIARAZIONE DEL DESTINATARIO:

Rifiuto di ricevere l'atto allegato in quanto non è redatto o accompagnato da una traduzione in una lingua da me compresa oppure nella lingua ufficiale o in una delle lingue ufficiali del luogo di notificazione o di comunicazione.

Comprendo le seguenti lingue:

Bulgaro	<input type="checkbox"/>	Lituano	<input type="checkbox"/>
Spagnolo	<input type="checkbox"/>	Ungherese	<input type="checkbox"/>
Ceco	<input type="checkbox"/>	Maltese	<input type="checkbox"/>
Tedesco	<input type="checkbox"/>	Olandese	<input type="checkbox"/>
Estone	<input type="checkbox"/>	Polacco	<input type="checkbox"/>
Greco	<input type="checkbox"/>	Portoghese	<input type="checkbox"/>
Inglese	<input type="checkbox"/>	Rumeno	<input type="checkbox"/>
Francese	<input type="checkbox"/>	Slovacco	<input type="checkbox"/>
Irlandese	<input type="checkbox"/>	Sloveno	<input type="checkbox"/>
Italiano	<input type="checkbox"/>	Finlandese	<input type="checkbox"/>
Lettone	<input type="checkbox"/>	Svedese	<input type="checkbox"/>
Altra	<input type="checkbox"/>	precisare:	

Fatto a:

Data:

Firma e/o timbro:

(*) Voce facoltativa.

LV:

Pievienoto dokumentu izsniedz saskaņā ar Eiropas Parlamenta un Padomes Regulu (EK) Nr. .../2007 par tiesas un ārpustiesas civillietu vai komercietu dokumentu izsniegšanu dalībvalstīs

Jums ir tiesības atteikties pieņemt dokumentu, ja tas nav iesniegts rakstiski vai tam nav pievienots tulkojums valodā, ko jūs saprotat, vai dokumenta izsniegšanas vietas oficiālajā valodā vai vienā no oficiālajām valodām.

Ja vēlaties īstenot šīs tiesības, Jums tieši dokumenta izsniedzējam izsniegšanas laikā ir jāatsakās pieņemt dokumentu vai tas jānosūta atpakaļ uz norādīto adresi vienas nedēļas laikā kopā ar paziņojumu, ka esat atteicies to pieņemt.

ADRESE

1. Vārds, uzvārds vai nosaukums:
2. Adrese:

 - 2.1. Ielas nosaukums un numurs/p. k. Nr.:
 - 2.2. Vieta un pasta kods:
 - 2.3. Valsts:

3. Tālr.:
4. Fakss (*):
5. E-pasta adrese (*):

ADRESĀTA PAZIŅOJUMS:

Es atsakos pieņemt pievienoto dokumentu, jo tas nav uzrakstīts vai tam nav pievienots tulkojums valodā, ko es saprotu, vai dokumenta izsniegšanas oficiālajā valodā vai vienā no oficiālajām valodām.

Es saprotu šādu(-as) valodu(-as):

bulgāru	<input type="checkbox"/>	lietuviešu	<input type="checkbox"/>
spāņu	<input type="checkbox"/>	ungāru	<input type="checkbox"/>
čehu	<input type="checkbox"/>	maltiešu	<input type="checkbox"/>
vācu	<input type="checkbox"/>	holandiešu	<input type="checkbox"/>
igauņu	<input type="checkbox"/>	poļu	<input type="checkbox"/>
grieķu	<input type="checkbox"/>	portugāļu	<input type="checkbox"/>
angļu	<input type="checkbox"/>	rumāņu	<input type="checkbox"/>
franču	<input type="checkbox"/>	slovāku	<input type="checkbox"/>
īru	<input type="checkbox"/>	slovēņu	<input type="checkbox"/>
itāļu	<input type="checkbox"/>	somu	<input type="checkbox"/>
latviešu	<input type="checkbox"/>	zviedru	<input type="checkbox"/>
citā	<input type="checkbox"/>	(lūdzu, norādiet):	

Sastādīts:

Datums:

Paraksts un/vai zīmogs:

LT:

Pridedamas dokumentas įteikiamas pagal Europos Parlamento ir Tarybos reglamentą (EB) Nr. .../2007 dėl teisminių ir neteisminių dokumentų civilinėse arba komercinėse bylose įteikimo valstybėse narėse.

Galite atsisakyti priimti šį dokumentą, jeigu jis nėra parengtas kalba, kurią suprantate, ar įteikimo vietos oficialia kalba arba viena iš oficialių kalbų, arba nėra pridėta vertimo į kalbą, kurią suprantate, ar į įteikimo vietos oficialią kalbą arba vieną iš oficialių kalbų.

Jei norite pasinaudoti šia teise, privalote atsisakyti priimti dokumentą jo įteikimo metu tiesiogiai pranešdami apie tai dokumentą įteikiančiam asmeniui arba per vieną savaitę grąžinti jį toliau nurodytu adresu, pareikšdami, kad atsisakote jį priimti.

ADRESAS

1. Vardas ir pavardė:
2. Adresas:
 - 2.1. Gatvė ir numeris / pašto dėžutė:
 - 2.2. Vieta ir pašto indeksas:
 - 2.3. Valstybė:
3. Telefonas:
4. Faksas (*):
5. El. paštas (*):

ADRESATO PAREIŠKIMAS:

Atsisakau priimti prie šio pareiškimo pridėdamą dokumentą, kadangi jis nėra parengtas kalba, kurią suprantu, ar įteikimo vietos oficialia kalba arba viena iš oficialių kalbų, arba nėra pridėta vertimo į kalbą, kurią suprantu, ar į įteikimo vietos oficialią kalbą arba vieną iš oficialių kalbų.

Suprantu šią (-ias) kalbą (-as):

Bulgarų	<input type="checkbox"/>	Lietuvių	<input type="checkbox"/>
Ispanų	<input type="checkbox"/>	Vengrų	<input type="checkbox"/>
Čekų	<input type="checkbox"/>	Maltiečių	<input type="checkbox"/>
Vokiečių	<input type="checkbox"/>	Olandų	<input type="checkbox"/>
Estų	<input type="checkbox"/>	Lenkų	<input type="checkbox"/>
Graikų	<input type="checkbox"/>	Portugalų	<input type="checkbox"/>
Anglų	<input type="checkbox"/>	Rumunų	<input type="checkbox"/>
Prancūzų	<input type="checkbox"/>	Slovakų	<input type="checkbox"/>
Airių	<input type="checkbox"/>	Slovėnų	<input type="checkbox"/>
Italų	<input type="checkbox"/>	Suomių	<input type="checkbox"/>
Latvių	<input type="checkbox"/>	Švedų	<input type="checkbox"/>
Kitas	<input type="checkbox"/>	(prašom nurodyti):	

Parengta:

Data:

Parašas ir (arba) antspaudas:

(*) Šis įrašas neprivalomas.

HU:

A mellékelt iratot a tagállamokban a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló .../2007/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet szerint kézbesítik.

Önnek joga van megtagadni az irat átvételét, amennyiben az nem az Ön számára érthető nyelven vagy a kézbesítés helyének hivatalos nyelvén vagy hivatalos nyelvei egyikén készült, és nem mellékeltek hozzá ilyen nyelvű fordítást.

Amennyiben élni kíván ezzel a jogával, az irat átvételét a kézbesítéskor kell megtagadnia közvetlenül az iratot kézbesítő személynél, vagy egy héten belül vissza kell küldenie azt az alább megjelölt címre, jelezve, hogy megtagadja annak átvételét.

CÍM

1. Név:
2. Cím:
- 2.1. Utca és házszám/postafiók:
- 2.2. Helység és irányítószám:
- 2.3. Ország:
3. Telefon:
4. Fax (*):
5. E-mail (*):

A CÍMZETT NYILATKOZATA:

Megtagadom a mellékelt dokumentum átvételét, mivel nem az általam értett nyelven vagy a kézbesítés helyének hivatalos nyelvén vagy hivatalos nyelvei egyikén készült, és nem mellékeltek hozzá ilyen nyelvű fordítást.

A következő nyelve(ke)t értem:

- | | | | |
|---------|--------------------------|------------------------------|--------------------------|
| bolgár | <input type="checkbox"/> | litván | <input type="checkbox"/> |
| spanyol | <input type="checkbox"/> | magyar | <input type="checkbox"/> |
| cseh | <input type="checkbox"/> | máltai | <input type="checkbox"/> |
| német | <input type="checkbox"/> | holland | <input type="checkbox"/> |
| észt | <input type="checkbox"/> | lengyel | <input type="checkbox"/> |
| görög | <input type="checkbox"/> | portugál | <input type="checkbox"/> |
| angol | <input type="checkbox"/> | román | <input type="checkbox"/> |
| francia | <input type="checkbox"/> | szlovák | <input type="checkbox"/> |
| ír | <input type="checkbox"/> | szlovén | <input type="checkbox"/> |
| olasz | <input type="checkbox"/> | finn | <input type="checkbox"/> |
| lett | <input type="checkbox"/> | svéd | <input type="checkbox"/> |
| egyéb | <input type="checkbox"/> | (kérjük, nevezze meg): | |

Kelt:

Dátum:

Aláírás és/vagy bélyegző:

MT:

Id-dokument meħmuż huwa nnotifikat f'konformità mar-Regolament (KE) Nru .../2007 tal-Parlament Ewropew u l-Kunsill dwar is-servizz fl-Istati Membri ta' dokumenti ġudizzjarji u extra-ġudizzjarji fi kwistjonijiet ċivili jew kummerċjali.

Inti tista' tirrifjuta li taċċetta d-dokument jekk dan mhux miktub bi jew m'għandux miegħu traduzzjoni f'waħda mil-lingwi li tifhem int jew bil-lingwa uffiċjali jew waħda mill-lingwi uffiċjali tal-post fejn qed issir in-notifika jew il-komunikazzjoni.

Jekk tixtieq teżercita dan id-dritt, trid tirrifjuta li taċċetta d-dokument fil-mument li ssir in-notifika u dan trid tagħmlu mal-persuna li tikkunsinnalek id-dokument jew inkella billi tibagħtu lura fl-indirizz li jidher hawn taħt fi żmien ġimgħa u tistqarr li int qed tirrifjuta li taċċettah.

INDIRIZZ

1. Identità:
2. Indirizz:
 - 2.1. Triq u numru/Kaxxa Postali:
 - 2.2. Lokalità u kodici postali:
 - 2.3. Pajjiż:
3. Tel.:
4. Fax (*):
5. Indirizz elettroniku (*):

DIKJARAZZJONI TAD-DESTINATARJU:

Jien nrrifjuta li naċċetta d-dokument meħmuż għaliex mhux miktub bi jew m'għandux miegħu traduzzjoni f'waħda mil-lingwi li nifhem jien jew bil-lingwa uffiċjali tal-post fejn qed issir in-notifika.

Jien nifhem bil-lingwa/lingwi li ġejja/ġejjin:

Bulgaru	<input type="checkbox"/>	Litwan	<input type="checkbox"/>
Spanjol	<input type="checkbox"/>	Ungeriz	<input type="checkbox"/>
Ċek	<input type="checkbox"/>	Malti	<input type="checkbox"/>
Germaniż	<input type="checkbox"/>	Olandiż	<input type="checkbox"/>
Estonjan	<input type="checkbox"/>	Pollakk	<input type="checkbox"/>
Grieg	<input type="checkbox"/>	Portugiż	<input type="checkbox"/>
Ingliż	<input type="checkbox"/>	Rumen	<input type="checkbox"/>
Franciż	<input type="checkbox"/>	Slovakk	<input type="checkbox"/>
Irlandiż	<input type="checkbox"/>	Sloven	<input type="checkbox"/>
Taljan	<input type="checkbox"/>	Finlandiż	<input type="checkbox"/>
Latvjan	<input type="checkbox"/>	Žvediż	<input type="checkbox"/>
Oħrajn	<input type="checkbox"/>	jekk jogħġbok speċifika:	

Magħmul fi:

Data:

Firma u/jew timbru:

(*) Dan il-punt mhux obligatorju.

NL:

De betekening of kennisgeving van het bijgevoegde stuk is geschied overeenkomstig Verordening (EG) nr. .../2007 van het Europees Parlement en de Raad inzake de betekening en de kennisgeving in de lidstaten van gerechtelijke en buitengerechtelijke stukken in burgerlijke of in handelszaken.

U kunt weigeren het stuk in ontvangst te nemen indien het niet gesteld is in of vergezeld gaat van een vertaling, ofwel in een taal die u begrijpt ofwel in de officiële taal/een van de officiële talen van de plaats van betekening of kennisgeving.

Indien u dat recht wenst uit te oefenen, moet u onmiddellijk bij de betekening of kennisgeving van het stuk en rechtstreeks ten aanzien van de persoon die de betekening of kennisgeving verricht de ontvangst ervan weigeren of moet u het stuk binnen een week terugzenden naar het onderstaande adres en verklaren dat u de ontvangst ervan weigert.

ADRES

1. Naam:
2. Adres:
 - 2.1. Straat en nummer/postbus:
 - 2.2. Postcode en plaats:
 - 2.3. Land:
3. Telefoon:
4. Fax (*):
5. E-mail (*):

VERKLARING VAN DE GEADRESSEERDE:

Ik weiger de ontvangst van het hieraan gehechte stuk, omdat dit niet gesteld is in of vergezeld gaat van een vertaling, ofwel in een taal die ik begrijp ofwel in de officiële taal/een van de officiële talen van de plaats van betekening of kennisgeving.

Ik begrijp de volgende taal (talen):

- | | | | |
|------------|--------------------------|------------------------------|--------------------------|
| Bulgaars | <input type="checkbox"/> | Litouws | <input type="checkbox"/> |
| Spaans | <input type="checkbox"/> | Hongaars | <input type="checkbox"/> |
| Tsjechisch | <input type="checkbox"/> | Maltees | <input type="checkbox"/> |
| Duits | <input type="checkbox"/> | Nederlands | <input type="checkbox"/> |
| Ests | <input type="checkbox"/> | Pools | <input type="checkbox"/> |
| Grieks | <input type="checkbox"/> | Portugees | <input type="checkbox"/> |
| Engels | <input type="checkbox"/> | Roemeens | <input type="checkbox"/> |
| Frans | <input type="checkbox"/> | Slowaaks | <input type="checkbox"/> |
| Iers | <input type="checkbox"/> | Sloveens | <input type="checkbox"/> |
| Italiaans | <input type="checkbox"/> | Fins | <input type="checkbox"/> |
| Lets | <input type="checkbox"/> | Zweeds | <input type="checkbox"/> |
| Overige | <input type="checkbox"/> | gelieve te preciseren: | |

Gedaan te:

Datum:

Ondertekening en/of stempel:

PL:

Załączony dokument jest doręczany zgodnie z rozporządzeniem (WE) nr .../2007 Parlamentu Europejskiego i Rady dotyczącym doręczania w państwach członkowskich dokumentów sądowych i pozasądowych w sprawach cywilnych i handlowych.

Adresat może odmówić przyjęcia dokumentu, jeżeli nie został on sporządzony w języku, który rozumie, ani w języku urzędowym lub w jednym z języków urzędowych miejsca doręczenia lub jeżeli nie dołączono do niego tłumaczenia na taki język.

Jeżeli adresat chce skorzystać z tego prawa, musi odmówić przyjęcia dokumentu w momencie jego doręczenia bezpośrednio w obecności osoby doręczającej lub zwrócić dokument na niżej wskazany adres w terminie tygodnia wraz z oświadczeniem o odmowie przyjęcia.

ADRES

1. Imię i nazwisko/nazwa:
2. Adres:
 - 2.1. Ulica i numer domu/skrytka pocztowa:
 - 2.2. Miejscowość i kod pocztowy:
 - 2.3. Kraj:
3. Telefon:
4. Faks (*):
5. E-mail (*):

OŚWIADCZENIE ADRESATA:

Niniejszym odmawiam przyjęcia załączonego dokumentu, ponieważ nie został on sporządzony w języku, który rozumiem, ani w języku urzędowym lub w jednym z języków urzędowych miejsca doręczenia, ani nie dołączono do niego tłumaczenia na taki język.

Rozumiem następujący(-e) język(-i):

- | | | | |
|------------|--------------------------|------------------------|--------------------------|
| bułgarski | <input type="checkbox"/> | litewski | <input type="checkbox"/> |
| hiszpański | <input type="checkbox"/> | węgierski | <input type="checkbox"/> |
| czeski | <input type="checkbox"/> | maltański | <input type="checkbox"/> |
| niemiecki | <input type="checkbox"/> | niderlandzki | <input type="checkbox"/> |
| estoński | <input type="checkbox"/> | polski | <input type="checkbox"/> |
| grecki | <input type="checkbox"/> | portugalski | <input type="checkbox"/> |
| angielski | <input type="checkbox"/> | rumuński | <input type="checkbox"/> |
| francuski | <input type="checkbox"/> | słowacki | <input type="checkbox"/> |
| irlandzki | <input type="checkbox"/> | słoweński | <input type="checkbox"/> |
| włoski | <input type="checkbox"/> | fiński | <input type="checkbox"/> |
| łotewski | <input type="checkbox"/> | szwedzki | <input type="checkbox"/> |
| inny | <input type="checkbox"/> | proszę określić: | |

Sporządzono w:

Data:

Podpis i/lub pieczęć:

PT:

O acto em anexo é citado ou notificado nos termos do Regulamento (CE) n.º .../2007 do Parlamento Europeu e do Conselho relativo à citação e à notificação dos actos judiciais e extrajudiciais em matérias civil e comercial nos Estados-Membros.

Tem a possibilidade de recusar a recepção do acto se este não estiver redigido, ou acompanhado de uma tradução, numa língua que compreenda ou na língua oficial ou numa das línguas oficiais do local de citação ou notificação.

Se desejar exercer esse direito, deve recusar o acto no momento da citação ou notificação, directamente junto da pessoa que a ela procede, ou devolvê-lo ao endereço seguidamente indicado, no prazo de uma semana, declarando que recusa aceitá-lo.

ENDEREÇO

1. Identificação:
2. Endereço:
 - 2.1. Rua + número/caixa postal:
 - 2.2. Localidade + código postal:
 - 2.3. País:
3. Telefone:
4. Fax (*):
5. Correio electrónico (*e-mail*) (*):

DECLARAÇÃO DO DESTINATÁRIO:

Eu, abaixo assinado(a), recuso aceitar o acto em anexo porque o mesmo não está redigido nem acompanhado de uma tradução numa língua que eu compreenda ou na língua oficial ou numa das línguas oficiais do local de citação ou notificação.

Compreendo a(s) seguinte(s) língua(s):

- | | | | |
|----------|--------------------------|------------------------|--------------------------|
| Búlgaro | <input type="checkbox"/> | Lituano | <input type="checkbox"/> |
| Espanhol | <input type="checkbox"/> | Húngaro | <input type="checkbox"/> |
| Checo | <input type="checkbox"/> | Maltês | <input type="checkbox"/> |
| Alemão | <input type="checkbox"/> | Neerlandês | <input type="checkbox"/> |
| Estónio | <input type="checkbox"/> | Polaco | <input type="checkbox"/> |
| Grego | <input type="checkbox"/> | Português | <input type="checkbox"/> |
| Inglês | <input type="checkbox"/> | Romeno | <input type="checkbox"/> |
| Francês | <input type="checkbox"/> | Eslovaco | <input type="checkbox"/> |
| Irlandês | <input type="checkbox"/> | Esloveno | <input type="checkbox"/> |
| Italiano | <input type="checkbox"/> | Finlandês | <input type="checkbox"/> |
| Letão | <input type="checkbox"/> | Sueco | <input type="checkbox"/> |
| Outra | <input type="checkbox"/> | queira precisar: | |

Feito em:

Data:

Assinatura e/ou carimbo:

RO:

Documentul anexat este notificat sau comunicat în conformitate cu Regulamentul (CE) nr. .../2007 al Parlamentului European și al Consiliului privind notificarea sau comunicarea în statele membre a actelor judiciare și extrajudiciare în materie civilă sau comercială.

Puteți refuza primirea actului în cazul în care acesta nu este redactat sau însoțit de o traducere într-una dintre limbile pe care le înțelegeți sau în limba oficială sau una dintre limbile oficiale ale locului de notificare sau comunicare.

Dacă doriți să exercitați acest drept, refuzați primirea actului în momentul notificării sau comunicării, transmițând acest lucru direct persoanei care notifică sau comunică actul, ori returnați actul la adresa indicată mai jos, în termen de o săptămână, precizând că refuzați primirea acestuia.

ADRESĂ

1. Nume:
2. Adresă:
 - 2.1. Stradă și număr/C.P.:
 - 2.2. Localitate și cod poștal:
 - 2.3. Țara:
3. Tel.:
4. Fax (*):
5. E-mail (*):

DECLARAȚIA DESTINATARULUI:

Refuz primirea actului anexat deoarece acesta nu este redactat sau însoțit de o traducere într-una dintre limbile pe care le înțeleg sau în limba oficială sau una dintre limbile oficiale ale locului de notificare sau comunicare.

Înțeleg următoarea (următoarele) limbă (limbi):

Bulgară	<input type="checkbox"/>	Lituaniană	<input type="checkbox"/>
Spaniolă	<input type="checkbox"/>	Maghiară	<input type="checkbox"/>
Cehă	<input type="checkbox"/>	Malteză	<input type="checkbox"/>
Germană	<input type="checkbox"/>	Olandeză	<input type="checkbox"/>
Estonă	<input type="checkbox"/>	Poloneză	<input type="checkbox"/>
Greacă	<input type="checkbox"/>	Portugheză	<input type="checkbox"/>
Engleză	<input type="checkbox"/>	Română	<input type="checkbox"/>
Franceză	<input type="checkbox"/>	Slovacă	<input type="checkbox"/>
Irlandeză	<input type="checkbox"/>	Slovenă	<input type="checkbox"/>
Italiană	<input type="checkbox"/>	Finlandeză	<input type="checkbox"/>
Letonă	<input type="checkbox"/>	Suedeză	<input type="checkbox"/>
Altele	<input type="checkbox"/>	(vă rugăm precizați):	

Întocmită la:

Data:

Semnătura și/sau ștampila:

SK:

Priložená písomnosť sa doručuje v súlade s nariadením Európskeho parlamentu a Rady (ES) č. .../2007 o doručovaní súdnych a mimosúdnych písomností v občianskych a obchodných veciach v členských štátoch.

Túto písomnosť môžete odmietnuť prevziať, ak nie je vyhotovená ani v jazyku, ktorému rozumiete, ani v úradnom jazyku miesta doručenia, ani v jednom z úradných jazykov miesta doručenia, ani k nej nie je pripojený preklad do niektorého z týchto jazykov.

Ak si želáte využiť toto právo, prevzatie písomnosti musíte odmietnuť pri jej doručení priamo osobe, ktorá písomnosť doručuje, alebo písomnosť musíte do jedného týždňa vrátiť na nižšie uvedenú adresu s vyhlásením, že ju odmietate prevziať.

ADRESA

1. Označenie:
2. Adresa:
 - 2.1. Ulica a číslo/P.O. Box:
 - 2.2. Miesto a PSČ:
 - 2.3. Štát:
3. Telefón:
4. Fax (*):
5. E-mail (*):

VYHLÁSENIE ADRESÁTA:

Odmietam prevziať pripojenú písomnosť, pretože nie je vyhotovená ani v jazyku, ktorému rozumiem, ani v úradnom jazyku miesta doručenia, ani v jednom z úradných jazykov miesta doručenia, ani k nej nie je pripojený preklad do niektorého z týchto jazykov.

Rozumiem tomuto jazyku/týmto jazykom:

Bulharčina	<input type="checkbox"/>	Litovčina	<input type="checkbox"/>
Španielčina	<input type="checkbox"/>	Maďarčina	<input type="checkbox"/>
Čeština	<input type="checkbox"/>	Maltčina	<input type="checkbox"/>
Nemčina	<input type="checkbox"/>	Holandčina	<input type="checkbox"/>
Estónčina	<input type="checkbox"/>	Poľština	<input type="checkbox"/>
Gréčtina	<input type="checkbox"/>	Portugalčina	<input type="checkbox"/>
Angličtina	<input type="checkbox"/>	Rumunčina	<input type="checkbox"/>
Francúzština	<input type="checkbox"/>	Slovenčina	<input type="checkbox"/>
Írčina	<input type="checkbox"/>	Slovinčina	<input type="checkbox"/>
Taliančina	<input type="checkbox"/>	Fínčina	<input type="checkbox"/>
Lotyština	<input type="checkbox"/>	Švédčina	<input type="checkbox"/>
Iný	<input type="checkbox"/>	(uvedte):	

V:

Dňa:

Podpis a/alebo odtlačok pečiatky:

SL:

Priloženo pisanje se vroča v skladu z Uredbo (ES) št. .../2007 Evropskega parlamenta in Sveta o vročanju sodnih in izvensodnih pisanj v civilnih ali gospodarskih zadevah v državah članicah.

Sprejem pisanja lahko zavrnete, če ni sestavljeno v jeziku, ki ga razumete, ali v uradnem jeziku ali v enem od uradnih jezikov kraja vročitve, oziroma mu ni priložen prevod v enega od teh jezikov.

Če želite uveljaviti to pravico, morate zavrniti sprejem pisanja v trenutku vročitve, in sicer neposredno pri osebi, ki pisanje vroča, ali pisanje vrniti na spodaj navedeni naslov v roku enega tedna z izjavo, da sprejem zavračate.

NASLOV

1. Ime:
2. Naslov:
- 2.1. Ulica in številka/poštni predal:
- 2.2. Kraj in poštna številka:
- 2.3. Država:
3. Telefon:
4. Faks (*):
5. Elektronska pošta (*):

IZJAVA NASLOVNIKA:

Zavračam sprejem priloženega pisanja, ker ni sestavljeno v jeziku, ki ga razumem, ali v uradnem jeziku ali v enem od uradnih jezikov kraja vročitve, oziroma mu ni priložen prevod v enega od teh jezikov.

Razumem naslednje jezike:

- | | | | |
|---------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| bolgarščino | <input type="checkbox"/> | litovščino | <input type="checkbox"/> |
| španščino | <input type="checkbox"/> | madžarščino | <input type="checkbox"/> |
| češčino | <input type="checkbox"/> | malteščino | <input type="checkbox"/> |
| nemščino | <input type="checkbox"/> | nizozemščino | <input type="checkbox"/> |
| estonsščino | <input type="checkbox"/> | poljščino | <input type="checkbox"/> |
| grščino | <input type="checkbox"/> | portugalščino | <input type="checkbox"/> |
| angleščino | <input type="checkbox"/> | romunščino | <input type="checkbox"/> |
| francoščino | <input type="checkbox"/> | slovaščino | <input type="checkbox"/> |
| irščino | <input type="checkbox"/> | slovenščino | <input type="checkbox"/> |
| italijanščino | <input type="checkbox"/> | finščino | <input type="checkbox"/> |
| latvijščino | <input type="checkbox"/> | švedščino | <input type="checkbox"/> |
| drugo | <input type="checkbox"/> | prosimo, navedite: | |

V:

Datum:

Podpis in/ali žig:

FI:

Oheinen asiakirja annetaan tiedoksi oikeudenkäynti- ja muiden asiakirjojen tiedoksiannosta jäsenvaltioissa siviili- tai kauppaoikeudellisissa asioissa annetun Euroopan parlamentin ja neuvoston asetuksen (EY) N:o .../2007 mukaisesti.

Voitte kieltäytyä vastaanottamasta asiakirjaa, jollei se ole kirjoitettu jollakin kielellä, jota ymmärrätte, tai tiedoksiantopaikan virallisella kielellä tai yhdellä niistä, tai jollei mukana ole käännöstä jollekin näistä kielistä.

Jos haluatte käyttää tätä oikeuttanne, teidän on kieltäydyttävä vastaanottamasta asiakirjaa tiedoksiannon yhteydessä ilmoittamalla tästä suoraan asiakirjan toimittavalle henkilölle tai palautettava asiakirja viikon kuluessa jäljempänä olevaan osoitteeseen todeten, että kieltäydytte vastaanottamisesta.

OSOITE

1. Nimi:
2. Osoite:
 - 2.1. Lähiosoite:
 - 2.2. Postinumero ja postitoimipaikka:
 - 2.3. Maa:
3. Puh.:
4. Faksi (*):
5. Sähköpostiosoite (*):

VASTAANOTTAJAN ILMOITUS:

Kieltäydyn vastaanottamasta oheista asiakirjaa, koska sitä ei ole kirjoitettu ymmärtämälläni kielellä eikä tiedoksiantopaikan virallisella kielellä tai yhdellä niistä eikä mukana ole käännöstä jollekin näistä kielistä.

Ymmärrän seuraavaa kieltä / seuraavia kieliä:

bulgaria	<input type="checkbox"/>	liettua	<input type="checkbox"/>
espanja	<input type="checkbox"/>	unkari	<input type="checkbox"/>
tšekki	<input type="checkbox"/>	malta	<input type="checkbox"/>
saksa	<input type="checkbox"/>	hollanti	<input type="checkbox"/>
viro	<input type="checkbox"/>	puola	<input type="checkbox"/>
kreikka	<input type="checkbox"/>	portugali	<input type="checkbox"/>
englanti	<input type="checkbox"/>	romania	<input type="checkbox"/>
ranska	<input type="checkbox"/>	slovakki	<input type="checkbox"/>
iiri	<input type="checkbox"/>	sloveeni	<input type="checkbox"/>
italia	<input type="checkbox"/>	suomi	<input type="checkbox"/>
latvia	<input type="checkbox"/>	ruotsi	<input type="checkbox"/>
muu	<input type="checkbox"/>	(tarkennetaan):	

Paikka:

Päivämäärä:

Allekirjoitus ja/tai leima:

SV:

Den bifogade handlingen har delgetts i enlighet med Europaparlamentets och rådets förordning (EG) nr .../2007 om delgivning i medlemsstaterna av handlingar i mål och ärenden av civil eller kommersiell natur.

Ni får vägra att ta emot handlingen om den inte är avfattad på, eller åtföljs av en översättning till, antingen ett språk som ni förstår eller det officiella språket eller något av de officiella språken på delgivningsorten.

Om ni önskar utnyttja denna rättighet, måste ni vägra att emot handlingen vid delgivningen genom att vända er direkt till delgivningsmannen eller genom att återsända handling inom en vecka till nedanstående adress och ange att ni vägrar att ta emot den.

ADRESS

1. Namn:
2. Adress:
 - 2.1. Gatuadress/box:
 - 2.2. Postnummer och ort:
 - 2.3. Land:
3. Tfn:
4. Fax (*):
5. E-post (*):

ADRESSATENS DEKLARATION:

Jag vägrar att ta emot bifogade handling eftersom den inte är avfattad på, eller åtföljs av en översättning till, ett språk som jag förstår eller det officiella språket eller något av de officiella språken på delgivningsorten.

Jag förstår följande språk:

- | | | | |
|-------------|--------------------------|----------------------|--------------------------|
| Bulgariska | <input type="checkbox"/> | Litauiska | <input type="checkbox"/> |
| Spanska | <input type="checkbox"/> | Ungerska | <input type="checkbox"/> |
| Tjeckiska | <input type="checkbox"/> | Maltesiska | <input type="checkbox"/> |
| Tyska | <input type="checkbox"/> | Nederländska | <input type="checkbox"/> |
| Estniska | <input type="checkbox"/> | Polska | <input type="checkbox"/> |
| Grekiska | <input type="checkbox"/> | Portugisiska | <input type="checkbox"/> |
| Engelska | <input type="checkbox"/> | Rumänska | <input type="checkbox"/> |
| Franska | <input type="checkbox"/> | Slovakiska | <input type="checkbox"/> |
| Irländska | <input type="checkbox"/> | Slovenska | <input type="checkbox"/> |
| Italienska | <input type="checkbox"/> | Finska | <input type="checkbox"/> |
| Lettiska | <input type="checkbox"/> | Svenska | <input type="checkbox"/> |
| Annat språk | <input type="checkbox"/> | (ange vilket): | |

Ort:

Datum:

Underskrift och/eller stämpel:

DA (*):

(*) Die enthaltenen Angaben hätten, gälte diese Verordnung in Dänemark, in dänischer Sprache folgenden Wortlaut:

Vedlagte dokument forkyndes hermed i overensstemmelse med Europa-Parlamentets og Rådets forordning (EF) nr. .../2007 om forkyndelse i medlemsstaterne af retslige og udenretslige dokumenter i civile og kommercielle sager.

De kan nægte at modtage dokumentet, hvis det ikke er affattet på eller ledsaget af en oversættelse til enten et sprog, som De forstår, eller det officielle sprog eller et af de officielle sprog på forkyndelsesstedet.

Hvis De ønsker at gøre brug af denne ret, skal De nægte at modtage dokumentet ved forkyndelsen direkte over for den person, der forkynder det, eller returnere det til nedenstående adresse senest en uge efter forkyndelsen med angivelse af, at De nægter at modtage det.

ADRESSE

1. Navn:
2. Adresse:
 - 2.1. Gade + nummer/postboks:
 - 2.2. Postnummer + bynavn:
 - 2.3. Land:
3. Tlf.:
4. Fax (*):
5. E-mail (*):

ERKLÆRING FRA ADRESSATEN:

Jeg nægter at modtage vedlagte dokument, da det ikke er affattet på eller ledsaget af en oversættelse til et sprog, som jeg forstår, eller det officielle sprog eller et af de officielle sprog på forkyndelsesstedet.

Jeg forstår følgende sprog:

Bulgarsk	<input type="checkbox"/>	Litauisk	<input type="checkbox"/>
Spansk	<input type="checkbox"/>	Ungarsk	<input type="checkbox"/>
Tjekkisk	<input type="checkbox"/>	Maltesisk	<input type="checkbox"/>
Tysk	<input type="checkbox"/>	Nederlandsk	<input type="checkbox"/>
Estisk	<input type="checkbox"/>	Polsk	<input type="checkbox"/>
Græsk	<input type="checkbox"/>	Portugisisk	<input type="checkbox"/>
Engelsk	<input type="checkbox"/>	Rumænsk	<input type="checkbox"/>
Fransk	<input type="checkbox"/>	Slovakisk	<input type="checkbox"/>
Irsk	<input type="checkbox"/>	Slovensk	<input type="checkbox"/>
Italiensk	<input type="checkbox"/>	Finsk	<input type="checkbox"/>
Lettisk	<input type="checkbox"/>	Svensk	<input type="checkbox"/>
Andet:	<input type="checkbox"/>	præciseres:	

Udfærdiget i:

Den:

Underskrift og/eller stempel:

(*) Fakultativt.

ANHANG III

ENTSPRECHUNGSTABELLE

Verordnung (EG) Nr. 1348/2000	Vorliegende Verordnung
Artikel 1 Absatz 1	Artikel 1 Absatz 1 Satz 1
—	Artikel 1 Absatz 1 Satz 2
Artikel 1 Absatz 2	Artikel 1 Absatz 2
—	Artikel 1 Absatz 3
Artikel 2	Artikel 2
Artikel 3	Artikel 3
Artikel 4	Artikel 4
Artikel 5	Artikel 5
Artikel 6	Artikel 6
Artikel 7 Absatz 1	Artikel 7 Absatz 1
Artikel 7 Absatz 2 Satz 1	Artikel 7 Absatz 2 Satz 1
Artikel 7 Absatz 2 Satz 2	Artikel 7 Absatz 2 Satz 2 (Einleitungssatz) und Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a
—	Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b
Artikel 7 Absatz 2 Satz 3	—
Artikel 8 Absatz 1 Einleitungssatz	Artikel 8 Absatz 1 Einleitungssatz
Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a	Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b
Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b	Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a
Artikel 8 Absatz 2	Artikel 8 Absatz 2
—	Artikel 8 Absätze 3 bis 5
Artikel 9 Absätze 1 und 2	Artikel 9 Absätze 1 und 2
Artikel 9 Absatz 3	—
—	Artikel 9 Absatz 3
Artikel 10	Artikel 10
Artikel 11 Absatz 1	Artikel 11 Absatz 1
Artikel 11 Absatz 2	Artikel 11 Absatz 2 Unterabsatz 1
—	Artikel 11 Absatz 2 Unterabsatz 2
Artikel 12	Artikel 12
Artikel 13	Artikel 13
Artikel 14 Absatz 1	Artikel 14
Artikel 14 Absatz 2	—
Artikel 15 Absatz 1	Artikel 15
Artikel 15 Absatz 2	—
Artikel 16	Artikel 16

Verordnung (EG) Nr. 1348/2000	Vorliegende Verordnung
Artikel 17 Einleitungssatz	Artikel 17
Artikel 17 Buchstaben a bis c	—
Artikel 18 Absätze 1 und 2	Artikel 18 Absätze 1 und 2
Artikel 18 Absatz 3	—
Artikel 19	Artikel 19
Artikel 20	Artikel 20
Artikel 21	Artikel 21
Artikel 22	Artikel 22
Artikel 23 Absatz 1	Artikel 23 Absatz 1 Satz 1
—	Artikel 23 Absatz 1 Satz 2
Artikel 23 Absatz 2	Artikel 23 Absatz 2
—	Artikel 23 Absatz 3
Artikel 24	Artikel 24
Artikel 25	—
—	Artikel 25
—	Artikel 26
Anhang	Anhang I
—	Anhang II
—	Anhang III

BEGRÜNDUNG DES RATES

I. EINLEITUNG

Die Kommission hat im Juli 2005 einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates unterbreitet. Im Anschluss an eingehende Beratungen über diesen Vorschlag im zuständigen Ratsausschuss hat der Rat auf seiner Tagung vom 1./2. Juni 2006 eine allgemeine Ausrichtung festgelegt. Daraufhin wurde das Europäische Parlament kontaktiert und Einvernehmen über die an der Verordnung Nr. 1348/2000 vorzunehmenden Änderungen erzielt. Beide Organe vertraten die Auffassung, dass die Verordnung Nr. 1348/2000 im Interesse einer guten Rechtsetzung nicht nur geändert, sondern kodifiziert werden sollte.

Das Europäische Parlament hat daher in seiner Stellungnahme von Juli 2006 eine Reihe von Abänderungen angenommen, die den mit dem Rat vereinbarten Änderungen entsprechen, und hat die Kommission förmlich um Vorlage einer kodifizierten Fassung der Verordnung Nr. 1348/2000 in Form eines überarbeiteten Vorschlags ersucht.

Entsprechend diesem Ersuchen hat die Kommission am 4. Dezember 2006 einen geänderten Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) vorgelegt, in den die vom Europäischen Parlament und vom Rat beschlossenen Abänderungen an der Verordnung Nr. 1348/2000 eingeflossen sind und durch den diese Verordnung aufgehoben werden soll.

Der Rat hat auf seiner Tagung vom 19./20. April 2007 eine geringfügig geänderte Fassung dieses Textes angenommen, und in der Folge wurde ein Gemeinsamer Standpunkt des Rates ausgearbeitet. Dieser Gemeinsame Standpunkt wurde vom Rat am 28. Juni 2007 mit Einstimmigkeit förmlich festgelegt.

II. ANALYSE DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS

Der Rat hält in seinem Gemeinsamen Standpunkt an dem zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat vereinbarten Text und somit auch weitgehend an dem geänderten Vorschlag der Kommission fest. Änderungen wurden nur in den Fällen vorgenommen, in denen der Wortlaut des geänderten Vorschlags von dem vereinbarten Text abwich oder Änderungen aus anderen Gründen erforderlich waren. Die wichtigsten Änderungen sind nachstehend aufgeführt.

Vom Rat nicht berücksichtigte Änderungen

Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b

Das Europäische Parlament und der Rat hatten die Aufnahme eines neuen Erwägungsgrundes (Abänderung 7 des EP) vereinbart. Die Kommission hat diesen neuen Erwägungsgrund (Nr. 8) in ihren geänderten Vorschlag übernommen, darüber hinaus jedoch auch eine Bestimmung in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b hinzugefügt. Da diese neue Bestimmung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat nicht vereinbart worden war, hat der Rat sie gestrichen. Der Gemeinsame Standpunkt entspricht somit der festgelegten Ausrichtung.

Artikel 19

Der Wortlaut des Artikels 19 im geänderten Vorschlag der Kommission wich insoweit geringfügig von dem des Artikels 19 der Verordnung Nr. 1348/2000 ab, als die „Zustellung“ eines Schriftstücks an den Beklagten nicht mehr erwähnt wurde. Da das Europäische Parlament und der Rat keine Änderung des Artikels 19 vereinbart hatten, hat der Rat in seinem Gemeinsamen Standpunkt die ursprüngliche Fassung wiederhergestellt.

Vom Rat berücksichtigte Änderungen

Das Europäische Parlament und der Rat hatten die Aufnahme eines neuen Artikels 15a (Abänderung 25 des EP) vereinbart. Die Kommission hat diese Änderung in ihrem geänderten Vorschlag zwar grundsätzlich akzeptiert, sich jedoch dafür entschieden, statt einer spezifischen Bestimmung zwei neue Absätze in Artikel 8 und einen neuen Absatz in Artikel 9 aufzunehmen. Für den Rat ist diese Lösung vollumfänglich im Sinne einer guten Rechtsetzung, und er hat sie daher in seinen Gemeinsamen Standpunkt übernommen.

Aufhebung der Verordnung Nr. 1348/2000

Da der Rat und das Europäische Parlament um Kodifizierung der Verordnung Nr. 1348/2000 ersucht hatten, hat die Kommission die nötigen Bestimmungen zur Aufhebung dieser Verordnung (Erwägungsgrund 27, Artikel 25 und Entsprechungstabelle in Anhang III) in ihren geänderten Vorschlag aufgenommen. Der Rat hat diese Bestimmungen und die Entsprechungstabelle im Interesse einer guten Rechtsetzung in seinen Gemeinsamen Standpunkt übernommen.

Vom Rat vorgenommene Änderungen

Als die Verordnung Nr. 1348/2000 im Mai 2000 angenommen wurde, stand noch nicht fest, wie zu verfahren ist, wenn Dänemark sich im Einklang mit dem Protokoll über die Position Dänemarks nicht an der Annahme von Maßnahmen nach Titel IV des EG-Vertrags beteiligt und solche Maßnahmen für Dänemark nicht verbindlich und in diesem Staat nicht anwendbar sind. Daher enthielt die Verordnung Nr. 1348/2000 nicht die inzwischen übliche Bestimmung zur Definition von „Mitgliedstaat“. Um dies nachzuholen, hat der Rat in seinem Gemeinsamen Standpunkt einen neuen Absatz 3 in Artikel 1 aufgenommen. Desgleichen hat der Rat infolge des Ausschlusses Dänemarks die entsprechenden Anpassungen in den Anhängen vorgenommen.

III. FAZIT

Nach Auffassung des Rates steht sein Gemeinsamer Standpunkt zu der Verordnung über die Zustellung von Schriftstücken voll und ganz mit den vom Europäischen Parlament und vom Rat gewünschten Änderungen in Einklang und entspricht dem um diese Änderungen ergänzten geänderten Kommissionsvorschlag.
